

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostachsen
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen / Für unsere Frauen / Die Energie

Abonnement monatlich 2,50 M. (halbjährlich 1,25 M.) durch die Post bezogen monatlich 2,20 M. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdener Verlagsgesellschaft m. b. H. Dresden-U. / Geschäftsstelle u. Expedition: Gutenbergstraße 2 / Fernsprecher: 17 294 / Postfach Dresden Nr. 18 696. Dresdener Verlagsgesellschaft: Schriftleitung: Dresden-U. Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17 294 / Druckschrift: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4—6 Uhr / außer Dienstag u. Donnerstags

Anzeigenpreis: Die neunmal gepaltene Nonpareilzeile oder deren Raum 0,35 RM. für Familienanzeigen 0,20 RM. für die Restansätze an den dreispaltigen Teil einer Zeile 1,50 RM. Anzeigen-Annahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-U. Güterbahnhofstr. 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Vorrückung der Bestellungen oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

4. Jahrgang Dresden, Freitag den 27. April 1928 Nummer 99

Die Betriebe kampfbereit!

Verhandlungen über den Metallarbeiterkampf in Berlin gescheitert / Aussperrung in der sächsischen Hüttenindustrie durchgeführt / Die Unternehmer verbreitern die Angriffsfront / Führt den Gegenschlag auf breiterer Basis

Die Metallarbeiter beschließen den Kampf trotz Verbindlichkeitserklärung

Gestern veröffentlichte wir den Aufruf der Limbacher Metallarbeiter an die sächsische Arbeiterkammer. Dieser Aufruf ist in der Chemnitzer Metallarbeiterkammer ein starkes Echo gefunden. In verschiedenen gestern stattgefundenen Streikversammlungen wurde zu dem Aufruf Stellung genommen. Die Belegschaft des Schichtwerks beschloß folgende Resolution:

„Die am 26. April stattgefundenen Betriebsversammlungen der Schichtwerke begrüßt den Aufruf der Limbacher Metallarbeiter an die kämpfenden Metallarbeiter und bringt dabei zum Ausdruck, daß sie im Kampfe um ihre Forderungen um höheren Lohn und bessere Arbeitsbedingungen ausharren wird, allen Hindernissen zum Trotz. Sie wies sich um den Erfolg ihres bisherigen Kampfes auch durch die Verbindlichkeitsklärung der Schiedsprüche nicht bringen lassen und den Kampf mit aller Bestimmtheit und Entschlossenheit trotz Verbindlichkeitsklärung weiterzuführen. Die Belegschaft ist sich dessen bewußt, daß dieser Kampf große Opfer von ihr erfordert. Noch kein Kampf ohne Opfer, kein Sieg ohne Kampf!“

Die Belegschaft der Schichtwerke hat eine ähnliche Entschlossenheit angenommen. Eine Anzahl weiterer Betriebe stimmt ebenfalls zu dem Aufruf Stellung.

Die Verhandlungen ergebnislos abgebrochen

Die Nachverhandlungen über die Schiedsprüche in der sächsischen Metallindustrie, die am Mittwoch im Reichsarbeitsministerium begannen und die gestern bis in die späten Abendstunden fortgesetzt wurden, sind wiederum ergebnislos verlaufen. Wegen der sonstigen Kopflosigkeit wurde kein offizielles Memorandum herausgegeben, weil der Schlichter hoffte, daß noch in den letzten Abendstunden eine Einigung zu erzielen möglich sei. Dazu ist es nicht gekommen. Wie wir erfahren, ist bisher noch von keiner Seite ein Antrag auf Verbindlichkeitsklärung der Schiedsprüche eingereicht worden. Das Bemühen des Schlichters um eine Einigung, also um eine freiwillige Vereinbarung, ist nach weiteren Informationen offenbar feinsinniger darauf zurückzuführen, daß eine Verbindlichkeitsklärung vermeiden werden sollte, sondern man wollte die Schiedsprüche, die auf Grund der Widersprüche zwischen Mantel- und Lohnarbeit entstanden sind, ungehen.

Wie wir dabei noch von informierter Seite erfahren, hat der Arbeitsminister versucht, die Verhandlung in geheimer Verhandlung mit den Unternehmern und den Vertretern der Arbeiter herbeizuführen. Der Arbeitsminister hat sich solcher Versuchungen enthalten. Die Unternehmer sollen mit der Generalausperrung der gesamten deutschen Metallarbeiter geizig haben.

Ausperrung in der sächsischen Hüttenindustrie

Leipzig, 27. April. (Eigene Drahtmeldung.) Heute vormittag wurde den Arbeitern der Hüttenindustrie in Keula, Heubitz, Freital u. Döhlen mitgeteilt, daß die Metallarbeiter die Arbeiter sämtlicher Werke der sächsischen Hüttenindustrie ab 26. April mit Schlichtschluß aussperrten. Die Metallarbeiter haben diese Aussperrung aus Solidarität mit den übrigen sächsischen Metallindustriellen durchgeführt.

Zu der Aussperrung in der Gußstahlhütte Döhlen wird uns mitgeteilt: Die für den 26. April angekündigte Aussperrung der Gußstahlhütte Döhlen ist jetzt durchgeführt. Die 2400 Mann starke Belegschaft nimmt heute in einer Betriebsversammlung zur Kenntnis Stellung und wird sich insbesondere mit den von der Produktion angeforderten Kostensparmaßnahmen beschäftigen. Die Produktion plant die Zeit der Aussperrung zu größeren Umbauarbeiten des Werkes zu benutzen, während dessen die Arbeiter nicht gewirkt sind, die Nacharbeiten durchzuführen.

Die Kompromittierung der Belegschaft ist eine sehr gute, trotzdem ist vor kurzem die große Hüttenarbeiteraussperrung beendet. Die Erregung der Belegschaft ist deshalb besonders stark, weil in dem Schiedspruch der sächsischen Metallindustrie festgelegt ist, daß ein großer Teil der Hüttenarbeiter überhaupt keine Lohnsätze erhalten soll.

Die aussperrten Hüttenarbeiter müssen den Beschluß fassen, nicht eher in die Betriebe zurückzugehen, bis die Forderungen der Metallarbeiter restlos erfüllt sind. Sie müssen ihre Bereitschaft erklären, den Kampf über die Verbindlichkeitsklärung hinaus zu führen.

Chemnitzer Betriebe sind der Aufforderung der Limbacher Streikleitung gefolgt. Sie haben den Beschluß gefaßt, den Kampf weiterzuführen, zu kämpfen, auch wenn eine Verbindlichkeitsklärung ausgesprochen werde. Der Verlauf der Verhandlungen in Berlin darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Verbindlichkeitsklärung noch droht. Die Androhung der

Unternehmer mit der Generalausperrung macht die Vorbereitung des Kampfes und seine Fortführung trotz Verbindlichkeitsklärung zu einem dringenden Gebot.

Schon sind die Unternehmer dazu übergegangen und haben die Erweiterung des Angriffes durchgeführt. Die Aussperrung der Hüttenwerke ist ein Zeichen dafür, daß die Kapitalisten entschlossen sind, die Forderungen der Arbeiter niederzurufen.

Die Taktik der Gewerkschaftsführer hat den Kapitalisten die Basis des Angriffes gegeben. So war es im Verlauf der Bewegungen im Reich, wie im bisherigen Verlauf der Bewegung in Sachsen. Erst nahm man nur einige Betriebe heraus, bis der Verband der Metallindustriellen aussperrte. Dann machte man daselbe Manöver beim Arbeitgeberverband.

Die Hüttenindustriellen drohten mit der Aussperrung. Die Gewerkschaftsbürokratie erklärte den Arbeitern, soweit dies notwendig ist, nicht kommen sie beruhigte die Arbeiter, hat diese in den Kampf zu führen. Der Erfolg? Die Hüttenunternehmer schmeißen die Arbeiter auf die Straße.

Was geschieht jetzt? Mobilisieren die Gewerkschaftsbürokraten auf breiter Basis? Die denken nicht daran. Die Arbeiterstimme hat den Metallarbeitern gesagt, weshalb die Unternehmer aussperrten. Die Arbeiterstimme hat gezeigt, weshalb die Unternehmer keine höheren Löhne bewilligen. Sie hat den Arbeitern den Weg des Kampfes gezeigt. Die Gewerkschaftsführer haben deswegen die Arbeiterstimme beschimpft. Der bisherige Verlauf des Kampfes hat aber der Arbeiterstimme recht gegeben.

Was soll jetzt geschehen?

Zuerst und vor allen Dingen muß die Kampffront der Arbeiter fest zusammengehalten werden. Keine Zerstückelung der Bewegung. Keine Kompromisse und Abschlässe mit Einzelunternehmern. Schon aber geht die Gewerkschaftsbürokratie dazu über die Front der Arbeiter zu schwächen. Die Basis zu Kompromissen, zur Aufgabe der Forderungen zu bringen.

Einheitsfront zwischen GBF und Poincaré

Paris, 27. April. (Eigene Drahtmeldung.) Am Dienstag schreibt Poincaré „Le Temps“: „Die Kommunisten müssen sich mit mageren Ergebnissen zufriedensetzen, wenn nicht Parteien der Linken das Verbrechen begehen, Kandidaten der Revolution zu unterstützen.“

Der „Matin“ schreibt: „Es ist klar, daß die Sozialdemokratische Partei die kommunistischen Vorschläge nicht annehmen kann, ohne ihr eigenes Verdammungsurteil zu unterschreiben.“

Die Sozialdemokraten haben nicht nur mit den linksbürgerlichen Parteien gegen die kommunistischen Stichwahlabschlüsse abgestimmt, sondern auch mit der Poincaré-Partei im Wahlkreis Ströbberg-Stadt I ist der Kandidat der National-Union zugunsten des Sozialdemokraten Petrotos zurückgetreten. In der Stichwahl dem kommunistischen Kandidaten gegenübersteht. Derselbe Einheitsfront zwischen Poincaré und Sozialdemokraten wurde im Wahlkreis Ströbberg-Stadt II gegen den kommunistischen Kandidaten gebildet. In Zabern und Haguenau haben die Sozialdemokraten ihren Kandidaten zugunsten Poincarés zurückgegeben, um die Bekämpfung der Kommunisten und antimperialistischen elitären Autonomisten zu fördern. Die reaktionären Kandidaten im Pariser Wahlkreis des Sozialdemokraten Leon Blum haben sich bereit erklärt, zu seinen Gunsten zurückzutreten. In 85 Prozent der französischen Wahlkreise haben die Sozialdemokraten mit den linksbürgerlichen ein Stichwahlabkommen geschlossen.

zungen zu schaffen. Aus Leipzig wird uns gemeldet, daß bei der Firma Sommer ein Abbruch mit 6 Pfennig, bei Winkelmüller mit 10 Pfennig getroffen wurde. Für das Tarifgebiet A u. c. wurde folgende schändliche Vereinbarung getroffen:

- 1. Ab 26. April 1928 beträgt der Tarifspitzenstundenlohn: a) der Fachgruppe 1 80 Pf., b) der Fachgruppe 2 77 Pf., c) der Fachgruppe 3 75 Pf.
- 2. Vom gleichen Tage ab werden die Hörfachstundenlöhne aller drei Fachgruppen um 5 Prozent erhöht.
- 3. Soweit bei gelehrten und angelernten qualifizierten Arbeitern auf Grund besonderer Leistungsfähigkeit Stundenlohnzuschläge gegeben worden sind, erhöht sich der tatsächlich gezahlte Lohn um die Tarifanhebung.
- 4. Die Schlosser, Dreher, Schmiede, Schmitt- und Stangenbauer in den Fachgruppen 2 und 3 sind nach Fachgruppe 1 zu entlassen, die Klempner in der Fachgruppe 3 nach Fachgruppe 2.
- 5. Die Entschädigungssätze für Verhättnisse betragen: im ersten Lehrjahr 10, im zweiten Lehrjahr 15, im dritten Lehrjahr 22, im vierten Lehrjahr 28 Pf.
- 6. Diese Regelung gilt bis auf weiteres und ist rückwirkend für Ende April 1929 mit vierwöchiger Frist kündbar.
- 7. Die Entscheidung ist endgültig.

Die Unternehmer verbreitern ihre Kampffront, indem sie aussperrten. Die Gewerkschaften schwächen die Front der Arbeiter, indem sie Teile der Kapitalisten ausliefern und Beträge weit unter den Forderungen der Arbeiter abschließen.

Metallarbeiter Ostachsens, nach wie vor droht euch die Niederlage, wenn nicht eine andere Taktik des Kampfes eingeschlagen wird. Die Gewerkschaftsführer sind bereit, sich der Verbindlichkeitsklärung zu beugen, und damit verraten sie die Forderungen der Metallarbeiter.

Recht sofort Stellung. Schließt euch den Beschlüssen von Limbach und der Chemnitzer Betriebe an. Organisiert die Fortführung des Kampfes. Organisiert Sammlung und Unterstützung aller Kampfenden, damit keine Schwächung der Front eintritt. Wendet euch gegen die Zerstückelung der Front der Arbeiter.

Sendet Delegationen zu den Arbeitern der lebenswichtigen Betriebe. Veranlaßt sie zu eurer Unterstützung. In machtvollen Demonstrationen zeigt den Metallindustriellen euren Kampfwillen. Aus den Streikversammlungen heraus zu wichtigen betrieblichen Demonstrationen.

Es darf keine Kapitulation geben. Die sächsischen Metallarbeiter müssen und werden siegen, wenn sie die weitere Durchführung der Niederlagenstrategie verhindern.

Die Limbacher Arbeiter haben das Beispiel gegeben. Folgt ihnen, zerbrecht die Fesseln der Schlichtungsdiktatur!

Heute wichtige Parteiarbeiterkonferenz

Sämtliche verantwortlichen Leitungsmitglieder und Funktionäre der Partei haben zu erscheinen. Mitgliedsbuch mitbringen. Beginn 20 Uhr im Körnergarten, Große Meißner Straße. Straßenzellenversammlungen fallen aus. Tagesordnung: Metallarbeiterkampf, Reichstagswahl und die Aufgaben der Partei — Referent: Vertreter des ZK

Sächsische Regierung und NSD-Verbot

Der demokratische Innenminister als Verteidiger des Polizeinüssels

Bei der Beratung des Kapitels des Polizeiministeriums (Innenministerium) im Landtagsausschuß stellte der Genosse Böttcher mehrere Anträge in bezug auf die politische Haltung des Innenministeriums. Er verlangte Stellungnahme der Regierung zu dem Verbot der Piscator-Bühne in Bautzen und ganz besonders, daß sich die Kreishauptmannschaft bei dem Verbot auf eine Bundesratsverordnung vom 8. August 1917 stütze und gefahrte dabei die Zweipoligkeit in der Gesetzesgebung; die unteren Organe stützen sich bei ihren Verböten auf veraltete Verordnungen während der Minister mit Artikel 48 der Reichsverfassung registriert. Die Regierung ließ die Frage unbeantwortet, indem sie auswich und behauptete, es seien noch keine gültigen Berichte eingegangen; der erste Bericht des Bürgermeisters von Bautzen hätte von der Regierung wegen Unzulänglichkeit beanstanden werden müssen.

Der weitere Gehalt der Genosse Böttcher die Vorgänge beim Reichsjugendtag in Chemnitz, die auf unerhörte provokatorische Maßnahmen der Polizei, insbesondere der Meißner Polizeischüler zurückzuführen seien. Er protestierte gegen die neue politische Erziehung, daß sogar Begrüßungen von Vertretern durch ein Überfallkommando eskortiert würden. Als Ursache solcher Unbilligkeit nennt er die reaktionäre Haltung und die überflüssige Einrichtung der Kammerle und das Stadtpolizei. Er stellt namens der Fraktion den Antrag:

Die Kammerle zu beseitigen und das Stadtpolizei aufzuheben.

Als weitere Einschränkung der Versammlungs- und Demonstrationenfreiheit kennzeichnet er das Verhalten der Polizeischüler die bei Demonstrationen einen Marschplan verlangen und diesen Plan ganz willkürlich ändern. Die Regierung muß gegeben, daß in Chemnitz eine wesentliche Verstärkung der Polizei von 120 Mann - davon 60 Polizeischüler - anwesend gewesen sind. Die Fälle von Zusammenstößen seien noch nicht nachgeprüft. Das Stadtpolizei habe sich gut verhalten. Es hätte vor allen Dingen herausgegeben werden müssen wegen des Verhaltens rechtsstehender Verbände, die ganz offen die Städte und darüber hinaus noch gefährliche Waffen (Spaten) zu Verfügung stellen wollten. Es sei aber Zeit sowohl die Kammerle als auch das Stadtpolizei nachzuprüfen.

Wegen des Verbotes des Roten Frontkämpferbundes fragt der Genosse Böttcher den Minister, ob der Reichsinnenminister sich vorher mit den Ländern ins Einvernehmen gefügt habe und Material angefordert habe, das ein Verbot des Roten Frontkämpferbundes rechtfertigen könne. Hierzu macht der Minister bemerkenswerte Ausführungen. Der Reichsinnenminister habe kein Material angefordert, die Regierung sei durch das Verbot überrascht worden. Ein solches Verbot könne aber nur Sachen nur lokal durchgeführt werden, wenn es für das ganze Reich Geltung habe. Es bedürfte aber auch rechtliche Zweifel gegen das Verbot. Wenn der NSD eine Organisation sei, die mit den bestehenden Staatsgesetzen in Widerspruch liege, so hätte schon längst der Staatsanwalt einschreiten müssen. Auch der Reichsanwalt hätte schon längst Stellung nehmen müssen. Da das bisher noch nicht geschehen sei und auch nach dem Urteil gefällt worden sei, das die Staatsgerichtsbarkeit des Roten Frontkämpferbundes darlegte, so könne diese Organisation nicht als heftig hingestellt werden. Es ist bisher leitens der Roten Frontkämpferbundes noch nichts geschehen, was ein solches Verbot rechtfertigen könnte. Nun müsse man warten, welches Urteil der Staatsgerichtshof in dieser Angelegenheit fällt. Das damalige Verbot der Socco-Banquet-Ausdehnung kennzeichnet der Genosse Böttcher als Hilfsleistung des Innenministers für die amerikanische Klaffenpolitik. Der Minister muß versichern, daß die Verordnung damals widersprechend begründet sei. Er gibt die interessante Auskunft, daß die Handhabung des Artikels 48 der Reichsverfassung ein rigoroseres Vorgehen seitens der Regierung ermöglichte, als im wilhelminischen Zeitalter. Die Handhabung des Artikels 48 könne schon eintreten, wenn erhebliche Störungen der öffentlichen Ordnung zu befürchten seien. Das heißt also in jedem Falle, wenn es der Regierung paßt.

Die Abstimmung über das Kapitel wurde ausgeübt, da erst die Umorganisation der Polizei abgeschlossen sein muß.

Seine Anträge des Genossen Böttcher, ob die Regierung die Einführung der Führerschule, der Kadefahrt und der Kadeführer beabsichtige, wie es offenbar im Reich der Fall ist, das für Sachsen eine derartige Absicht nicht befände, auch noch nicht erwartet worden sei.

Bei Kap. 25 Kreis- und Amtshauptmannschaften, wurde ein Antrag auf Abschaffung von Baukontrollen gestellt, deren Notwendigkeit von der Regierung bestritten wurde.

Der kommunistische Vertreter verlangte Aufhebung der Kreis- und Amtshauptmannschaften und erklärte die Schwäche der Regierung - nur weil von den Kreis- und Amtshauptmannschaften als ungenügend - da damit das System nicht geändert wurde.

Der Minister wies darauf hin, daß keine Vorarbeiten für die Verwaltungsreform abgeschlossen und in einer Denkschrift niedergelegt seien, über die das Kabinett nachträglich beschließen müsse. Das Innenministerium ist der Meinung, daß die Kreis- und Amtshauptmannschaften überhaupt zu beseitigen sind. Ob es mit dieser Meinung durchdringt, könne er vor dem Kabinettsbeschluß nicht mit Bestimmtheit sagen. Auch hier wurde die Abstimmung verlangt.

Bei Kap. 47 Landwirtschaft im allgemeinen" verlangte die kommunistische Fraktion heftige Reden zur sofortigen Durchführung notwendiger Maßnahmen, Drainage sowie sonstigen Meliorationen und Betriebsumstellung, weiter eine Beseitigung des bereits bestehenden Betrags für Anwerdung sowie Einstellung eines Betrags, um den mit Anwerdung verbundenen betragsmäßigen Betrieben die Abzahlung dieser Schulden in Höhe der geliehenen Darlehen zu ermöglichen. Ferner wurde noch gefordert, Mittel bereitzustellen für Studientellen von Kleinbauern nach dem Auslande.

Die Liste der Werttätigen ist

Liste 5: Kommunisten

Nebel / Frölich / Gräfe / Olga Körner / Neuhof

Die Auflösung der Familienanwartschaften

Die SPD-Frauenvertretung der adeligen Landwirte - Die NSD im Kampf für die Kleinbauern

Nach der Reichsverfassung sollen die Familienanwartschaften aufgehoben werden. Seit nach 8 bis 9 Jahren, können und können die einzelnen Familien endlich damit heraus, die Familienanwartschaften zu beseitigen. Die Aufhebung der Erbfolgeanwartschaften würde in den revolutionären Erhebungen gegen den Feudalismus überall durchgeführt. In der großen fränkischen Revolution bedingte die aufsteigende Bürgerklasse die Unterwerfung der Feudalherren und von dem Erbschaften zu befreien. Die Revolution der Arbeiter und Bauern nahm den Großgrundbesitzern den Boden und verteilte ihn an die armen Bauern. Die Gewerkschaften und Revolutionäre von Weimar brachen den Artikel zur Vererbung der Renten in die Vererbung. Die Durchführung wurde aber einem anderen Gesetz übergeben. Man sprach auch nicht davon, daß der große Grundbesitz immer beschlagnahmt werden solle, sondern nur von einer Aufhebung der Familienanwartschaften. Man wollte ja nicht die von den breiten Massen vererbte Rente der Junker treffen, denn diese waren schon die unentbehrlichen Verbündeten der Klassen gegen die revolutionären Arbeiter. Der Schlag galt den Arbeitern. Man wollte die Renten, die jetzt in den einzelnen Händen in Angriff genommen oder durchgeführte Auflösung der Familienanwartschaften bedeutet denn auch praktisch nur eine Unterwerfung und Stärkung der Großgrundbesitzer.

Der Familienanwartschaften ist gebundener Besitz. Er kann nicht verpfändet oder verkauft werden. Die Familienanwartschaft bedeutet eine Störung gegen die Vererbungsordnung durch verfallene, unfähige, adelige Grundbesitzer. Der Kapitalismus der Landwirte, der Notwendigkeit der Nationalisierung entspricht diese Form der Vererbung heute nicht mehr. Die Gutsherrschaft braucht keine Hand, Spekulations- und Operativität. Deswegen erlangen die ausgenutzten Feinde der Familienanwartschaften heute selber nach der Auflösung, der Aufhebung von Bestimmungen, die sie nur kommen. Heute sind die Junker nur Kapitalisten; es können, falls männliche Erben nicht vorhanden sind, die direkten Nachkommen leer ausgehen. Bei Aufhebung der Familienanwartschaft werden die Junker Junker bleiben. Sie haben an die nachwachsenden Generationen nur im beschränkten Umfange, und nur geringe Entschädigungen zu zahlen. Nach der jetzigen Lage in Sachsen 10 Pro-

Geplanter Justizmord in Mussolinien

Milano, 25 April. (Eigene Drahtmeldung)

Der Verhaftung des jungen Studenten Romano Loanquilli in der Nähe von Como, dessen einzige Schuld es ist, der Bruder eines bekannten Kommunisten zu sein, folgt eine phantastische Affäre, die von dem Generalstaatsanwalt erhoben wird. Die Genossen, mit denen Loanquilli verhaftet, sind ebenfalls in die Affäre einbezogen. Der Corriere de la sera, der von einem jungen Anwalt erhalten hatte, die die Anklage Loanquillis herbeiführen, wurde auf Grund dieser Veröffentlichung verboten. Der Corriere, der in Mailand erscheint, hatte Nachrichten gebracht, daß Loanquilli mehrere Tage vor dem Attentat und am Tage des Attentats fern von Mailand gewesen ist. Er hat nichts weiter veröffentlicht. Ebenfalls erging es dem Corriere für Turin, die aus Lortona und aus Venezia Nachrichten gebracht hatten, die Loanquilli entlassen würden. Loanquilli hat angegeben, daß die angeblichen Urheber des Attentats auf der Stelle zum Tode verurteilt werden. Bis jetzt hatte die Polizei absolut nichts gefunden. Der Sondergerichtshof wird die Angelegenheit weiter unter Ausschluß der Öffentlichkeit erledigen. Der Angeklagte beim Sondergerichtshof kann keinen Verteidiger wählen. Es ist ihm nicht möglich, Zeugen anzuführen, da die Zeugen, die genannt werden, sofort als Komplizen behandelt werden. Loanquilli und die anderen Angeklagten müssen darauf gefaßt sein, von einem Augenblick zum anderen zum Tode verurteilt zu werden. Die internationale öffentliche Meinung muß daher verstanden, diese Hinrichtungen zu verhindern, um einen zweiten Socco-Banquet-Mord zu vermeiden.



Einer, der sich nicht kalt hinrichten lassen will!

Warm!

Heraus zum Reichs-Treffen der NSD

am 27. Mai in Berlin

Der Landtag sollte beschließen, wie Artikel 4 in folgender Fassung anzunehmen:

Artikel 1

- Die in Sachsen noch bestehenden Familienanwartschaften werden aufgelöst. Die Errichtung neuer Familienanwartschaften ist unzulässig.
- Von den Familienanwartschaften wird nach den Bestimmungen der Erbfolgegesetz vom Staat ein Betrag in Höhe von 75 Prozent des geschätzten Wertes erhoben.
- Der erhobene Betrag wird zur Beseitigung für in Sachsen befindliche Kleinbauern, zur Gewährung von Darlehen, Erlass von Steuern, Befreiung von Saatzgut usw. wie zur Unterstützung von Landarbeitern, Wohnungsbau und Wohnungsaufstellung, Rentenzulagen usw. verwendet.

Artikel 2

Das Gesetz tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

Nach der Schätzung des Abg. Neu handelt es sich bei den Familienanwartschaften um einen Betrag im Wert von 1 Milliarde Reichsmark. 750 Millionen Reichsmark wären nach unserem Antrag zur Verfügung für Landarbeiter und Kleinbauern zu erheben. Der Antrag widerspricht keiner gesetzlichen Bestimmung. Ein paar Bestimmungen, die sich in einem ersten Entwurf befanden, wurden nun weggelassen.

Gegen diesen Antrag wendeten sich sämtliche Parteien auch die SPD. Abg. Neu verneinte die ablehnende Haltung mit einer linken Phrase zu umhüllen, er erklärte: Geben Sie uns die Macht, dann erreichen wir alles! Nun die Macht hat die arbeitende Klasse nicht. Die SPD will diese Macht nicht erobern. Das Agrarprogramm der SPD fordert nicht die Enteignung der Großgrundbesitzer.

Der Antrag der NSD, das war das in der jetzigen Lage gebotene Anrecht. Da aber stellen sich alle Parteien von der SPD bis zu den Deutschnationalen gegen die Kommunisten. Nur diese allein verhalten sich gegen die Auflösung der Familienanwartschaften so zu gestalten, daß arbeitende Bauern und Arbeiter nach einem Krieg vorantreten.

Die Koalition steht aber geschlossen auf der Seite der Großgrundbesitzer. Die SPD verteidigt die Interessen der adeligen Großgrundbesitzer.

Die arbeitenden Bauern werden am 29. Mai daran denken Sie wählen die Liste 5: Kommunistische Partei!

Die SPD als Helfer des Herrn v. Reudell

Edel hebt gegen Rot-Front / Genosse Ulbricht rechnet mit dem Terrorismus des Zruickkapitals und des Reformismus ab / Heldt bleibt Vertrauensmann der sächsischen Industriellen

77. Landtagsführung
Dresden, den 26 April 1924

Ein christlich-nationaler Bauer

Vor Eintritt in die Tagesordnung teilt Gen. Lieberach als Schriftführer des Präsidiums mit, daß der Abgeordnete Bauer aus der Deutschnationalen Volkspartei ausgetreten und sich als Vertreter der „christlich-nationalen Bauernpartei“ etabliert hat. (Gelächter und Ironische Zurufe bei den Kommunisten.)

Bevor man zu der Beratung des Mißtrauensantrages gegen Heldt, der mit dem kommunistischen Antrage gegen das Verbot des KKB verbunden ist, übergeht, wird einem Erweiterungsbau im Chemnitz-Gefängnis zugestimmt.

Genosse Siewert erklärt hierzu, daß die kommunistische Fraktion, abgesehen von grundsätzlichen den Klassen-Zustizlet ablehnt, diesem Erweiterungsbau zustimmt, da er der Verlorung der Gefangenen zugute kommt.

Kunmehr erhält das Wort zur Begründung des Mißtrauensantrages der SPD der Abg. Liebmann. In seiner Rede polemisiert er in scharfen Worten gegen die Korruptionspolitik der KSP und der Koalition, ohne sich jedoch etwa grundsätzlichen gegen die Koalitionspolitik überhaupt zu erklären.

Herr Heldt incit

Ein interessanter Zwischenfall unterbrach die Rede Liebmanns. Während der Verhandlungen entfernte sich Herr Heldt, teils um die Opposition zu brüskieren, teils um zu inciten. Darauf unterbricht Gen. Liebmann seine Rede, und gegen den Widerstand der Rechten wird beschlossen, die Beratungen zu unterbrechen, bis Herr Heldt sich bequemt hat, vom Mittagessen aufzustehen. Nachdem jedoch eine Viertelstunde verstrichen und Herr Heldt nicht erschienen ist, teilt Liebmann seine Rede fort. Herr Heldt hat Zeit, sein Mahl zu verfallen.

Genosse Ulbricht

begründet im Anschluß den Antrag der SPD gegen das Verbot des KKB. Einleitend geht er auf das Mißtrauensvotum gegen Heldt ein und stellt fest, daß das demonstrative Fernbleiben des Herrn Heldt zur Genüge beweist, daß er auf den Landtag pfeift, da er sich mit Recht als Beauftragter und Angestellter der sächsischen Industriellen betrachtet. Die Begründung zur Zustimmung der Kommunisten zu jedem Mißtrauensvotum gegen Heldt und die Koalition sei schon in der letzten Landtagsführung durch die Rede des Genossen Wätcher gegeben worden. Auf den Antrag zum KKB-Verbot eingehend weist er darauf hin, daß dieser Anschlag des Bürgerblocks seit langer Zeit vorbereitet und gegen die gesamte Arbeiterklasse gerichtet ist.

Diese langen Vorbereitungen beweisen, daß es sich nicht um die „Dummheit eines einzelnen Ministers“, sondern um eine planmäßige Terroraktion der Bourgeoisie handelt. Schritt-macher für diesen reaktionären Vorstoß sind überall, in Dortmund, in Halle u. a. m. sozialdemokratische Polizeipräsidenten und Staatsfunktionäre gewesen. Der Angriff gegen Rotfront ist gleichzeitig gerichtet gegen die kommunistische Partei. Diese Tatsache charakterisiert gerade jetzt zur Reichstagswahl die bürgerliche Demokratie überhaupt. Diese „Demokratie“ hat sich vorher schon entlarvt bei den Wirtschaftskämpfen im Schlichtungsschwindel, für den auch die Sozialdemokraten mitverantwortlich sind, ebenso wie die Vorarbeit für Reudells Lektion das Vorgehen des preussischen SPD-Innenministers gewesen ist. Der Schlag gegen eine der wichtigsten revolutionären Organisationen der Arbeiterklasse liegt in der antibolschewistischen Linie der Außenpolitik der deutschen Kapitalisten und zeigt deren Abhängigkeit von dem englischen und französischen Großkapital. Dafür legt die Reise des antibolschewistischen diplomatischen englischen Werbers Lord Birkenhead nach Berlin ein herabes Zeugnis ab. Grundlegend sind also alle bürgerlichen und sozialdemokratischen Parteien zur Zustimmung zu einem Verbot bereit. Zwar ist man über den Zeitpunkt nicht einig, aber die Tatsache, daß Sozialdemokraten, Zentrum und Demokraten nur deshalb sich gegen das jetzt ausgesprochene Verbot wenden, weil nach ihrem Antrag dieses „zur Zeit ungewiss“ sei, beweist nichts anderes, als daß man seine grundsätzliche Bereitwilligkeit erklärt. Das entspricht durchaus dem Sinne der preussischen Koalition, die zur Verletzung der Massen „Einspruch beim Reichsgericht“ erhebt. Dasselbe Wanderver hat die Freyregerregierung bei der Kollerhöhung durchgeführt und „längte“ sich dann einfach dem Zollwucher. Sie erklären sich auch jetzt schon bereit, sofort die Entscheidung des Gerichtes durchzuführen. Dasselbe gilt für die sächsische Regierung. Deshalb die Mobilisierung der Arbeiterklasse, die ihren Stolz beim Protest gegen das Verbot, gegen das gesamte Bürgerblocksystem und die Truistitutur richten. Und dies ist richtig. Zeigt es doch, daß diese Verbotsaktion auf einer Linie sich bewegt mit der brutalen Abwürgung der Wirtschaftskämpfe mit Hilfe der staatlichen Schlichtungsquillotine. Wie die Bourgeoisie diese Methoden zur Durchsetzung ihrer Politik zur Sicherung der kapitalistischen Wirtschaft anwendet, führt die reformistische Bureaucratie einen verrotten Kampf zur Durchsetzung ihrer wirtschaftsfriedlichen Linie gegen die revolutionäre Gewerkschaftsopposition. Sie schreit dabei nicht davon zurück, Gewerkschaftsorganisationen zu zerbrechen und Eindreher zur Respektierung der Kommunisten zu zwingen. Diese Methoden bedecken sich mit denen der Truistitutur und zeigen, daß Kapitalisten und Reformisten in einer Front stehen gegen die revolutionäre Arbeiterklasse. Um so mehr muß dies ein Grund für die wertvollen Klassen sein, sich fest in einer Einheitsfront zusammenzuschließen, in scharfem Kampfe gegen Truistitutur und Reformismus zusammenzusetzen und gegen Bürgerblock und Koalitionspolitik zu demonstrieren am 20. Mai durch Wahl der Vertretter der Kommunisten! Den Feinden der Arbeiterklasse und der treuer der Kommunisten! Die Feinde der Arbeiterklasse und der Revolution muß als Antwort auf das Verbot des KKB ein millionenfaches „Rot Front!“ entgegenbringen! (Stürmisches Bravo! bei den Kommunisten.)

Diese scharfe Abrechnung rüh Herr Edel hat den Plan der in einer von Gemeinheiten-irrenden antikomunistischen Rede die alte Waise von der „Rechtung Reudell“ durch die SPD und „Stimmung der Kommunisten durch die „Nationalen“ ablaufen laßt. Den Gipfel der Schamlosigkeit erreicht dieser niederträchtige Konjunkturkämpfer, als er, der Parteigenosse des Arbeiterführers Gustav Noke, es wagt, als Kronzeuge für die Berechtigung der SPD-Propaganda die Kommunistin Rosa Luxemburg anzuführen. Dabei wagt er nicht, den Konstabler-Einbruchdiebstahl zu betreiten.

Genosse Siewert

reißt in eindrucksvoller Rede diesem Handlanger der verräterischen Parteivorstandspolitik die Maske vom Gesicht. Er weist nach, daß seit Bestehen des KKB die Klassenjustiz einen ununterbrochenen Feldzug gegen die Mitglieder des KKB führt, ebenso wie der Hauptkampf der Klassenjustiz gerichtet ist gegen die Kommunisten. Das beweist, wer wirklich als der erbitterte Feind der Bourgeoisie bezeichnet werden kann. Wo aber ist ein führender Sozialdemokrat, wo ist ein SPD-Rebelle im Justizhaus oder in Gefängnissen, wie dies bei Hunderten von Kommunisten der Fall ist? (Stürmisches Sehr richtig! b. d. Komm.) Wer Helfer der Reaktion ist, soll sich Herr Edel gegen lassen von dem Schöpfer der Reichswehr.

Gustav Noke!

mit dem er heute noch in einer Partei sitzt! Oder er soll sich erinnern, daß es der „Vorwärts“ war, der zum Verbot von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht hegte, und daß seine „Kronzeugin“, Rosa Luxemburg, die Partei des Herrn Edel von Befürwortern des Massenmordes und Arbeiterrates geführt wird. Diese Partei ist so „proletarisch“, daß sie selbst geltehen mußte, daß seine Partei ihn an wichtigen Entscheidungen hindere, und er sich nicht dagegen wehren könne. Diese



Einzahlungen auf Postkassenkonto Dresden 26267 (Otto Gabel)

Partei ist es, die heute sich erstreckt, die roten Frontkämpfer eine Reaktions-Hilfsarmee zu nennen. Wir aber als Kommunisten sagen den Arbeitern, daß überall, wo die Arbeiter gegen die Bourgeoisie aufmarchierten, sozialdemokratische Minister und Polizeipräsidenten den bürgerlichen Staatapparat gegen die Arbeiter mobilisiert haben! (Stürmisches Sehr richtig! b. d. Komm.) und auf der Tribüne.) Deshalb eben haben die Kommunisten die große historische Aufgabe übertragen bekommen, das Banner des Sozialismus zu reinigen und die Arbeiter wieder auf dem Boden des Klassenkampfes zusammenzuführen zur Niederhämmerung aller Feinde.

Und im Kampfe gegen die Bourgeoisie werden die Arbeiter erkennen, daß ihre Partei, die einzige Arbeiterpartei ist und bleibt, die kommunistische Partei!

Im Schlußwort rechnet Gen. Ulbricht nochmals mit den sozialdemokratisch-bürgerlichen Rotfrontkämpfern ab. Zu den Ausführungen Edels, der erklärt hatte, in Dresden habe sich die SPD bei der SPD angebeidert, um einen gemeinsamen Wahlaufmarsch durchzuführen, erklärt Gen. Ulbricht: Wir stellen fest, daß das SPD-Bezirksvorstandsmittglied Edel das Betreiben der Dresdener Arbeiter eine Einheit am 1. Mai gegen Bürgerblock und Truistitutur herzustellen als „Anbiederung“ darzustellen und verächtlich zu machen verucht. Das zeigt, daß Edel auch hier beiträgt die Einheitsfront der Arbeiter zu verhindern, um leichter die Propagierung der Koalitionspolitik unter den SPD-Arbeitern treiben zu können. Wir wissen jedoch, daß früher oder später diese sozialdemokratischen Handlanger des Bürgerums eine Abrechnung von den Arbeitern vorgehalten bekommen werden, die ihre verräter-Rolle entlarvt. Wir sagen deshalb jetzt schon den Arbeitern: Wacht Ihr wirklich Kampf gegen die Bourgeoisie, wacht Ihr wirklich keine Koalitionspolitik, und Ihr müßt dies im Klasseninteresse, dann marschiert und kämpft mit der kommunistischen Partei Deutschlands!

Nach einem geradezu blöden Schlußwort Liebmanns wird das Mißtrauensvotum gegen Heldt mit 47 gegen 45 Stimmen abgelehnt.

Alle Parteien außer Kommunisten und Sozialdemokraten stimmten für Heldt. Die nationalsozialistischen Von Luitheite enthalten sich „schweigend“ der Stimme. Herr Heldt steht wieder...

Der kommunistische Antrag, das Rotfront-Verbot herzustellen, geht an den Rechtsausschuß.

Die Vorlage des Spanforbgernehrs

hat die kommunistische Fraktion veranlaßt, in einem Antrag eine Staatskreditaktion und Staatshofabgabe zum Selbstkostenpreis zu fordern. Nach einer eingehenden Begründung durch den Genossen Spitz, der besonders betont, daß die Regierung für Volkseinkauf und Flugzeugindustrie u. a. m. nicht aber für die Vermitteln im eigenen Lande Geld übrig habe und deshalb unter allen Umständen die Hilfe erkämpft werden muß, geht der Antrag an den zuständigen Ausschuß.

Das Kapitel „Reichsernährung und Reichserziehung“ wird genehmigt.

Der Antrag auf Gewährung besonderer Beihilfen an Arbeiterinnen, die entbunden haben und auf Einstellung eines neuen Titels dieser Art im betreffenden Etatkapitel wird vom Bürgerblock mit Mehrheit abgelehnt.

Ein sozialdemokratischer Antrag, der Übernahme der im gelegten Dresdener Filiale der Hartmann-Werke zur Erweiterung der Staatskraftwagenwerkstätten fordert im Interesse der Erhaltung einer Arbeitsmöglichkeit für die betroffenen Arbeiter, wird an den Haushaltsausschuß B verwiesen.

Zur Regelung der Bergschäden

haben die Kommunisten einen Antrag eingereicht, der durch den Genossen Schreiber (Oberwärlschitz) eingehend begründet wird. Er fordert bis zur Bergschädigung eines Reichsbergwerkes die Entschädigung für Bergschäden folgendermaßen zu regeln: Solidarische Haftung der Bergwerksbesitzer für alle Senzungs- und Heberzugschäden in einem Kohlenrevier bei bebauten Grundstücken, Bildung einer Spruchkammer zur Festlegung der Schäden, Begleichung aller Schäden aus der Bergschädenkasse, Zahlung einer Mark pro Tonne an die Kasse durch jeden Bergbauarbeitenden, bei Liquidierung eines Betriebes sollen 50 Prozent der Liquidationsmasse an die Kasse gehen. Mit dem Inkrafttreten dieser Bestimmungen soll jeder Werksbesitzer den vollen Beitrag für das laufende Jahr entrichten. Alle bisher abgelehnten und schwebenden Fälle sollen der Bergschädenkasse zur Erledigung überwiesen werden.

Dieser kommunistische Antrag geht an den zuständigen Ausschuß.

Der Entwurf einer Satzung der neuen Kuchelkassette der Reichner Bergbauindustrie und eines Vertrages dieser Kasse mit dem Staat geht an den Ausschuß. Das Kapitel „Verkehr und Elektrizitätswesen“ wird angenommen. Das Kapitel „Landeslotterie“ wird gegen die Kommunisten genehmigt. Ein Antrag wegen Erstellung von Wagenhallen der Staatlichen Kraftwagenverwaltung geht an den Ausschuß. Bei der Beratung des Kapitels „Staatliche Kraftwagenlinien und Beteiligungen an nichtstaatlichen Verkehrsunternehmen“ und „Kapitalbedarf der Kraftwagenlinien“ wendet sich der Sozialdemokrat Gruppe gegen einen kommunistischen Minderheitsantrag, der die Gewährung einer 30prozentigen Lohnerhöhung für das Personal der Kraftwagenlinien fordert und außerdem die volle Antebnung der Parteigeit auf die Arbeitszeit des Fahrpersonals sowie die Gewährung derselben Ausübung für den Personal- und Güterverkehr.

Er „begründet“ dies mit der politisch geradezu widerwärtigen Erklärung, daß man bei der Erfüllung von Lohnansprüchen nur die Gewerkschaften, nicht aber das Parlament in Anspruch nehmen dürfe. Er bricht bei dieser „Begründung“ eine Panse für das Schlichtungswesen in Deutschland.

Genosse Schreiber wendet sich in kurzen, aber treffenden Ausführungen gegen Graupes ideinstabile Redensarten, die nur die reformistische Niederlagenstrategie verteidigen sollen. Die Kommunisten bestehen auf diesem Antrag und fordern zugunsten der Arbeitergemeinden: bei der Errichtung und dem Betrieb von Kraftwagenlinien keinerlei Zuschüsse zu verlangen und die bisherigen Aufwendungen den Gemeinden zurückzuführen. Diese Forderung muß insbesondere wegen der schweren Schädigung der Gemeinden durch die Zerstörung der Straßen wegen der Schwere der Kraftwagen erhoben werden.

Die kommunistischen Anträge werden mit den Stimmen der SPD und des Bürgerblocks abgelehnt. Die Etatkapitel finden Zustimmung.

Bei der Bemittlung der Kapitalbeteiligung an der Sächsischen Flughafen-Betriebs-Gesellschaft und der deutschen Luftbahn begründet

Genosse Lieberach

den ablehnenden Standpunkt der kommunistischen Fraktion, die keineswegs gewillt ist, kapitalistischen Unternehmungen Steuer-gelder der Wertigen in den Rücken zu werfen, wie dies die Regierung mit diesen Vorlagen beabsichtigt. Insbesondere weist er darauf hin, daß die Zeitung desselben sozialdemokratischen Abgeordneten Liebmann, der im vorigen Jahr gegen die Kommunisten als Feinde des technischen Fortschrittes wegen ihrer ablehnenden Haltung gemettert hat, heute selbst erklären muß, daß die finanzielle Subventionierung der Luftschiffahrtsgesellschaften nichts anderes bedeute, als die Förderung eines Korruptionsherdes ersten Ranges. Die kapitalistische Luftschiffahrtspolitik Deutschlands dient nationalitätlichen und militärischen Zwecken und dient auch in ihrer Art der Vorbereitung, des Feldzuges aller kapitalistischen Staaten gegen die Sowjetunion. Eine Bewilligung von Steuergeldern für diese Institution wäre ein Verbrechen an den Interessen der Arbeiterklasse.

Die Kommunisten lehnen deshalb jede Bewilligung von Geldern für diese Zwecke ab.

In der Aussprache muß der Sozialdemokrat Herfel unter dem Druck der kommunistischen Argumentation erklären, daß jetzt auch die Sozialdemokraten nicht mehr die Mittel bewilligen werden. Herr Liebmann hat diese politische Ohrfeige stillschweigend eingenommen.

In der Abstimmung werden gegen die Stimmen der Kommunisten und Sozialdemokraten vom Bürgerblock die Mittel bewilligt.

Wegen der Reichhaltigkeit der Tagesordnung und der fortgeschrittenen Zeit wird die Auarbeitung der noch unerledigten Punkte auf die Freitag, 27. April, 9.30 Uhr, beginnende Sitzung verlegt.

Mittelalterliche Zustände im Magdalenen-Hilfsverein

Wahner und Heldt als Förderer derselben / Rat sabotiert das Schwerekriegsbeschädigtengesetz / Monarchistendenkmäler bleiben / SPD für die Erwerbslosen

Die Kräfte waren es, deren Behandlung seitens im Dresdener Stadtratskollegium von besonderer Bedeutung ist die Dresdener Werkstätten. Da ist als wichtigster Punkt zunächst die Angelegenheit zu verzeichnen, daß die Stadt Dresden, trotz gesetzlicher Verpflichtungen, daß die Schwerekriegsbeschädigten zu wenig beschäftigt. Der Antrag des Genossen Schneider verlangte Verlagerung der Erwerbslosenunterstützung von 24 auf 52 Wochen. Vampere Zeit nahm die Behandlung eines Antrages, sowie eines Berichtes über die durchgeführte Unternehmung wegen des Falles des Fingerringes Blauer Schmidt in Anspruch. — Nach dem erfolglosen Erwerb einer Reihe von Tagesordnungspunkten wurde über den Antrag: „Alle nationalitätlichen Motive in dem Antrag: Film des Scharf“ verhandelt. Der Antrag (SPD) betraf die „objektive“ Art der Verleumdung, wie sie der Gesetzgeber zu überlegen ist. Der Oberverleumdung sich hinter die Verleumdungen und — allen Ernstes — hinter Verleumdung. Selbst der Demokrat Schuler sah sich veranlaßt, ein Wort den Angelegenheiten zu kritisieren.

Genosse Schneider kennzeichnete durch die nationalitätliche Tendenz, wie sie dem Film aufgezogen wird. Deutlich wird man hier, wie gewisse Kreise planmäßig Kolonialpolitik treiben. Dieser Film ist dabei nur ein solches Propagandamittel. Mit Rassistische und Blößen konnte man früher die Massen widerstandslos unterdrücken. Daß die Deutschen vor dem Krieg in der brutalsten und schändlichsten Unterdrückung der Schwarzen den anderen Kulturvölkern in nichts nachstanden, ist bekannt. Gegen diesen in letzter Zeit immer toller propagierten Kolonialismus kämpft einig und allem die SPD, während selbst Prominente der SPD diesen Kummel unterdrücken. Es gilt gegen die nationalitätliche Feinde, die neue Kräfte vorbereiten, die breiten Massen zu mobilisieren. Der Antrag wird mit einigen Ergänzungen angenommen. Besondere Aufmerksamkeit sollte die ACP bei der Abstimmung. Kummel kommt der Antrag des Genossen Reuhof, der folgenden Wortlaut hat:

„Kollegium wolle beschließen, den Rat zu ersuchen endlich seinen Verpflichtungen in bezug auf Einstellung von Schwerekriegsbeschädigten bei der Stadt Dresden bis zur gesetzlichen Höchstzahl nachzukommen.“

Der Rat hat dem Antrag mit 15 gegen 10 Stimmen abgelehnt.

Genosse Reuhof

Wohl haben wir ein Gesetz angefaßt zum Schutze der Kriegsschädigten, aber es ist hier, wie bei allen Gesetzen, die einen lokalen Anstrich haben; die Wahlen sind groß. Dieses Gesetz wird planmäßig sabotiert. Die Massen sind so groß, daß man Industriezweige durchschließen können, so z. B. die Hamburger Reden. Dafür liegen in Hamburg auch 400 Schwerekriegsbeschädigte auf dem Pflaster.

In Dresden liegen 600 Kriegsschädigte auf der Straße.

Es ist es denn ein Wunder, daß die Privatindustrie schon jetzt nicht ihr die städtischen Behörden mit gutem Beispiel vorleitet?

Die Stadt beschäftigt 85 Schwerekriegsbeschädigte zu wenig.

Obwohl wir vor vier Monaten die Anfrage an den Rat stellten, ob er diesen Antrag bis heute noch nicht beilegt. Wie man sich von dem Rat mit den Kriegsschädigten umgibt, zeigt schon das, daß der Rat von fünf ihm zugewiesenen drei regelmäßig als nicht geeignet zurückweist. Während in Dresden Privatbetriebe 11 Forderungen untergebracht werden konnten, ist beim Rat die Erfüllung nicht eines einzigen möglich gewesen.

Es steht der Dank des Vaterlandes“ aus!

Der Schicksal der Opfer des imperialistischen Krieges ist nicht zu trennen.

Wir im Kampf gemeinsam mit der übrigen Arbeiterklasse für die Kriegsschädigten ihre Forderungen durchsetzen.

In der Diskussion muß der Ratsvertreter die Angaben des Genossen Reuhof bestätigen, doch will der Rat selber überlegen, wie er es erlaube, daß er nicht die volle Zahl beschädigter. Der Antrag wird jedoch, nachdem noch einige Diskussionen geplatzt sind, angenommen.

Der Schmidt-Standal

Genosse Schrapel

Auf einen Antrag der SPD wurde der ungeheuerliche Stand der breiten Öffentlichkeit bekannt. Damals führten die Stadtratsmitglieder u. a. folgenden Beschluß:

„Der Rat soll einen Bericht über den unterirdischen Vorgang im Haus des Magdalenen-Hilfsvereins zu erstatten, wonach der Anstaltsdirektor Blauer Schmidt an ein fechtbares Mädchen hinter verschlossenen Türen über den Diebstahl gelehrt hat, um den Diebstahl auf das nächste Geheiß zu veranlassen.“

Der Rat soll dem Magdalenen-Hilfsverein überweisen, was dem Mädchen sofort herauszugeben, und den Betrag seitens der Stadt mit dem Magdalenen-Hilfsverein zu lösen.

Der Rat soll die vorerwähnte Behörde des Anstaltsdirektors das Verlangen nach Eröffnung des Disziplinarverfahrens zu stellen, und bei noch zu erreichenden ehemaligen Inhabern zu erfordern, ob der angelegene Fall eine Wiederholung gleicher oder ähnlicher Fälle darstellt. (S. Ein Schrapel.)

Der Rat soll den Rat beschließen, alle Maßnahmen zu ergreifen, um alle Mädchen so schnell als möglich aus der Anstalt herauszuführen und teilt mit, daß in Verfolg dieses Beschlusses die vom Jugendamt in Friel noch untergebrachten Mädchen am 18. Januar 1928 14 Uhr den Kinderanhalten im Marienhofe zugeführt worden seien.

Der Rat soll mit, daß hinsichtlich der Belegung der Anstalten des Magdalenen-Hilfsvereins zwischen der Stadtgemeinde Dresden und diesem Verein vötragsliche Beziehungen nicht bestehen.

Der Rat soll beschließen, dem Erlauchen mit der Maßgabe zu antworten, daß das Konfiskations- und beschleunigte Erledigung des Disziplinarverfahrens erfolgt wird, und Kenntnis zu nehmen davon, daß der Verein auch bereits von sich aus die Einleitung des Disziplinarverfahrens beantragt hat, und teilt mit, daß Blauer Schmidt an ein fechtbares Mädchen hinter verschlossenen Türen über den Diebstahl gelehrt hat und daß bei diesem unter dem 18. Januar 1928 der Antrag gestellt worden ist, das Disziplinarverfahren gegen Blauer Schmidt einzuleiten und mit Beschleunigung durchzuführen.

Der Rat soll beschließen, dem Erlauchen soweit als möglich zu antworten —

„Das folgende Gutachten vor:

„Das Gutachten des Ausschusses des Rates zu 1. bis 5. ist zu nehmen und zwar u. a. ergänzend dahin, daß nach dem Willen des Jugendamtes die angeführten Erörterungen während der Verhandlung von drei Juristen ersehen haben, die darüber hinaus den Rat zu ersuchen, alle in den Heimen des Magdalenen-Hilfsvereins sonst noch untergebrachten Dresdener Mädchen anderwärts unterzubringen.

Der Rat soll beschließen, die finanzielle Unterstützung zu lassen, nachdem in breiter Öffentlichkeit die brutale Behandlung der Mädchen bekanntgeworden war, wurden und immer neue Fälle gemeldet.

Trotz Belcherde

„Der Rat soll beschließen, dem Erlauchen soweit als möglich zu antworten —

„Das Gutachten des Ausschusses des Rates zu 1. bis 5. ist zu nehmen und zwar u. a. ergänzend dahin, daß nach dem Willen des Jugendamtes die angeführten Erörterungen während der Verhandlung von drei Juristen ersehen haben, die darüber hinaus den Rat zu ersuchen, alle in den Heimen des Magdalenen-Hilfsvereins sonst noch untergebrachten Dresdener Mädchen anderwärts unterzubringen.

Der Rat soll beschließen, die finanzielle Unterstützung zu lassen, nachdem in breiter Öffentlichkeit die brutale Behandlung der Mädchen bekanntgeworden war, wurden und immer neue Fälle gemeldet.

Trotz Belcherde

„Der Rat soll beschließen, dem Erlauchen soweit als möglich zu antworten —

„Das Gutachten des Ausschusses des Rates zu 1. bis 5. ist zu nehmen und zwar u. a. ergänzend dahin, daß nach dem Willen des Jugendamtes die angeführten Erörterungen während der Verhandlung von drei Juristen ersehen haben, die darüber hinaus den Rat zu ersuchen, alle in den Heimen des Magdalenen-Hilfsvereins sonst noch untergebrachten Dresdener Mädchen anderwärts unterzubringen.“

Der Rat die Schwerekriegsbeschädigten, ist für seine Tapferkeit kennzeichnend.

Der Rat sabotiert

den Beschluß der St., alle Mädchen aus allen Heimen des Magdalenen-Hilfsvereins herauszuführen. Die Erziehungsmethoden in den anderen Heimen widersprechen dem primitivsten Voraussetzungen der Pädagogik. Trotzdem erklärt der Rat die Heime als durchaus geeigneter.

Eine Aufstellung dieser Heime zeigt, daß sie durchweg religiösen Charakter tragen.

Unglaubliche Verhältnisse in den Magdalenen-Hilfsvereins-Heimen.

Bei einer Besichtigung wurde a. einwandfrei festgestellt, daß die sanitären Einrichtungen geradezu allem Hohn sprechen. Die Badeanlagen sind ganz primitiver Natur, die Häuser entsprechen nicht den einfachsten Ansprüchen der Hygiene. Bibliothek gibt es so gut wie keine, dafür aber regelmäßige Vorträge, Sport ist so gut wie unbekannt. Besuch darf nur alle Vierteljahre empfangen werden, Briefe nur alle Monate einer abschickt werden. Natürlich geben die Heime noch durch die Genier. Von Selbstverwaltung gibt es keine Spur. Aber Straßen, u. a. noch die verächtliche Kartenspiele.

Das alles ist dem Rat bekannt, aber er plädiert für die Heime! Stadtrat Dr. Richter vom Jugendamt verteidigt noch die weitere Unterbringung von Mädchen in diesen Heimen. Ja, der Gipfel ist daß sogar die schändliche Regierung die Heime für „geeignet“ erklärt hat.

Diese Einstellung zeigt so recht die moralische Verkommenheit gewisser Kreise. Die Arbeiter werden diese Kreise“ unerschrocken zu machen wissen! Nach dem Genossen Schrapel dringt Genosse Lade noch eine Fülle von Material, über das wir noch berichten werden. In der Diskussion hält es die Deutschnationale Frau Bründer für notwendig, für die Heime

eine Rente zu brechen. Nur wahr, besser konnte sie ihre Kräfte nicht entfalten! Stadtrat Richter sammelt etwas von „Heime brauchen — Einfluß gewinnen — besser werden sollen“ u. a. Im Schlußwort greifen die Genossen Lade und Schrapel nochmals diesen Stand und zeigen die Ursachen klar auf. Die Erklärung, die Stadtrat Richter abgegeben, war keine Bantontklärung!

Es ist nicht mehr nur ein Fall Schmidt, sondern ein Fall Jugendamt. Diese Leute haben kein Verständnis für die Opfer der Gesellschaft. Ein neuer Geist wird in diesen Kreisen einziehen, wenn die alten verkrüppelten Juristen den Platz räumen müssen. Die Dresdener Werkstätten werden noch dafür sorgen, daß sie bald verschwinden!

Der Antrag wird zum Teil gegen die Bürgerlichen angenommen. Der Antrag des Genossen Schneider, die Erwerbslosenunterstützung auf 52 Wochen zu zahlen, wird mit einigen Ergänzungen ebenfalls angenommen. Das Mandat der Bürgerlichen, die Arbeiterfreundlichkeit mimen wollen, entlarvt Genosse Schneider als ganz ekelhaftes Wahlmanöver.

Nach einigen kleineren Dingen, die noch der Antrag des Genossen Werner auf Beilegung aller Fürsten- und Siegesdenkmäler behandelt. Genosse Werner weist darauf, daß es für diese Republik kennzeichnend ist, daß heute nach 10 Jahren noch immer überall die monarchistischen Denkmäler zu sehen sind. Wie das Volk der Wähler und Denker seine großen Götterheroen ehrt, zeigt am deutlichsten, daß auf dem Theaterplatz in der Mitte ein Reiter mit Wassertröpf zu sehen, dagegen von Weber ganz hinten in einer Ecke placiert wurde!

In namentlicher Abstimmung wird der Antrag mit 35 gegen 2 Stimmen abgelehnt. Für den Antrag stimmten nur SPD und KPD.

Die Abstimmung ist nicht nur kennzeichnend für die „republikanischen“ Parteien, vor allem auch für die SPD, die, als sie die Mehrheit hatte, die Denkmäler nicht beilegte!

Gegen 1/2 Uhr wird die öffentliche Sitzung geschlossen.

Auf Wiedersehen, Herr Direktor!

Di—. Ich sitze in einem „besseren“ Café. Besser, das heißt, es ist dort alles noch einmal so teuer als anderswo, aber zwei- oder dreimal so teuer. Aber ich muß dort sitzen. Die Ursache ist keine erfreuliche, so gern ich an sich in besseren Cafés sitze... wenn ich's vermag, was bei mir als „Kopparbeiter“ recht selten vorkommt. Ich erwarte eine Kranke, besorgt und nervös leide ich dem Ausgang einer Operation entgegen. Vor mir steht ein Könnchen Kaffee. Absichtslos schweifen meine Blicke durch den mit edlen Holzern gezeigten Raum. Auf den Marmorplatten des Padienisches itchen Ledereisen, Torten, lahngefällige Kuchen, zierliches, teures Badwerk... keineswegs für Proletenmägen bestimmt. Auch sitzen keine Proleten hinter den kleinen, runden Tischen. Die Proleten stehen — und nun gar zu so früher Nachmittagsstunde — in der Fabrik und in den Kontoren, in den Werken. Aber am Abend ist es... der Herr Direktor. Seine Arbeiter schaffen's ja auch ohne ihn. Mein absichtslos, nervös umhergetriebener Blick bleibt auf ihm haften. Ein seltsames, wohlgepflegtes Gesicht ist auf eine fette, weiße Hand gestellt. „Ja, hörst du mal, wenn ich'n Volksschullehrer bei nahe jodelt bekommt wie'n Student, n' dann hats ja eigentlich ja kein Zweck, daß se schubieren.“ fange ich seine grobmaterielle Weltanschauung auf. „Ich trinke meinen Kaffee. Wir behagt diese Nachbarschaft nicht. „Na, nu merch mal mit'n Auto zum Industriegebiet fahren.

Reiter keiner Spaziergang, wie? Frau holt mich dann dort ab. Wie?? Ru allemal, heute sind wa ausnahmeweise mal brau! Reiter Wih! Hahaha!“ bröhnt er im Bierhals seinen Begleiter an.

„Na, Kleines“, ruft er das abrett selbst, nichts-bekweniger aber genau so wie ich und du der Bourgeois dienhabare Mädchen, „woll'n mer mal bezah. Ausnahmeweise. Ja, bezahl' alles!“ Er bezahlt und stampft mit seinem begnügten Begleiter zwei hundert pfennig hinaus. Mein Blick fällt auf den Tisch, an dem er und sein Begleiter saßen. Zwei Könnchen Kaffee zu 1,10 Mk. stehen nahezu unberührt da, dazu Sahne und Zucker. Ein gehäuftes Tellerchen Gebäck — ich kalkulierte für 2 Mk. — blieb prolig unberührt. „Auf Wiedersehen!“ trachtet und dieneri die Büfettdame hinter dem Zwel-hundertpfündigen her. Auf Wiedersehen, Herr Direktor, denke auch ich erbittert angefüllt der prohigen Kette, deren Wert eine Summe darstellt, von der einer der hinausgeschmissenen Arbeiter des Herrn Direktors auf dem Wege über das Stempeln mit seiner Familie zwei Tage leben muß. Auf Wiedersehen, Herr Direktor — am 20. Mai, an welchem Tage du und deinegehehen unsere Meinungsäußerung empfangen kannst für das Rechengeliebene Geb... und für alles das, das dir gestattet, so prolig vom Tisch aufzusehen. Deine Arbeiter schaffen's ohne dich. Auf Wiedersehen, Herr Direktor!

Wann wird hier einmal objektiv durchgegriffen?

Seit Jahren schon führt der Hausbesitzer W. von der Klopffstraße in Vorstadt Cotta einen geraden konstanten Kampf gegen seine Mieter und deren Angehörige, so daß keine Mietprozesse fast kein Ende nehmen. Herr W. beleidigt jeweils seine Mieter aus größtmöglicher, um dann, wenn dieselben zur Verteidigung dieser Fälle anwenden, einen Kammungsprozess anzutreten. Welche aber dann nun den Mietern, wo ihn das Gericht mit seinen geschickten Gründen abweist; die müssen es dann büßen... So auch die Familie L. Erst jetzt wieder hat er einen weiteren Klagegrund entdeckt und glaubt ihn wohl auch schon gefunden zu haben. Der 14-jährige Sohn dieser Familie soll in der Sonnabendnacht vom 14. zum 15. April angeblich einen Werberluch bzw. Totschlaggerluch dadurch begangen haben, indem er in einer Zeit, wo er weder im Haus noch in der Nähe deselben weilt, Herrn Wilhelm mit Steinen durchs Fenster beworfen haben soll. Und zwar sollen bei diesen Steinwürfen die Scherben der verbrochenen Fensterleiche — beim angeblichen Wurf noch außen — auch die Scherben noch außen gefallen sein, während angeblich im Zimmer die Steine eine sehr wunderbare Wendung genommen haben sollen. Selbe wurde ein und dasselbe Loch kommenden) Steine sollen zwei Wüter an zwei verschiedenen Wänden zertrümmert haben (?). Obwohl die Erzählung für jeden denkenden Menschen mehr als romanhaft klingt, scheint sie dem Polizeibereich Cotta doch glaubhaft und zuverlässig zu erscheinen, denn so muß man wenigstens an der sehr eiligen Untersuchung und positiven Feststellung durch den unterzeichnenden Beamten lächeln. Daß man die Tatmerkmale festhalten hätte, so speziell die noch außen gefallenen Scherbensplitter vor Entfernung hätte, sowie auch die angeblichen zwei lauffähigen Steine hätte, ist uns nicht bekannt geworden. Die im vor dem Fenster befindlichen Blumen-

stangen liegenden Scherben sind durch Umkippen des Blumenkastens entfernt worden, und die gemorkenen Steine sind überhaupt unzufindbar. Auf Anfragen gegen Wilhelm, die von den vertriebenen Seiten erfolglos (wegen des Trommelretolvers, wegen Unzuverlässigkeit zum Altmarenhandel usw.) erfolgt gewöhnlich nicht. Auf Ausfragen des Volkshilfs W. aber wird, auch sehr wieder, mit positiven Mitteilungen eingegriffen, so daß innerhalb 8 Tagen nur drei Vorladungen erfolgten. Es wäre wirklich dringend zu wünschen, wenn auch endlich einmal die Fiktion der jahrelang schifonierten Mieter von denselben Amtsstellen beendet würden. Der dort den Reuten gegebene Rat zur Selbsthilfe (unter Anerkennung des Zustandes des W.) muß den Mietern wirklich nichts, weil sich da selber die Gefahr gegen den Mieter vermeiden lassen. Aufgabe der Sicherheitsbehörden muß es unbedingt sein, dort auch einmal den bedürftigen Schutz zu bieten, anstatt den Pr... zu lächeln. Auf den Fortgang der Anzeige darf man gespannt sein.

Die Schuld trifft den...

(Arbeiterkorrespondenz)

Auf der Jülichstraße wurde in der Nacht vom 19. zum 20. April der 14-jährige Arbeiter Stefan Helmer von einem Betrugsfahrzeugen stark überfahren, den Wagenführer trifft die Schuld an diesem Unfall.

So schreiben die bürgerlichen Zeitungen. Den Wagenführer trifft die Schuld? Er will den an dem Nagelbleibenden Arbeitenden nicht gleichen haben. Sollte hier nicht ein ganz gemittelter Fehler der Straßenbahn zugrunde liegen, welche die Stelle, wo die Gleise liegen, nicht beleuchtet? Eine Signallampe mit rotem Licht hätte der Wagenführer nicht übersehen können. Na der Stelle, wo die Gleise liegen, ist ein Stück totes Gleis, wo keine Wagen verkehren. Warum war hier keine ausreichende Beleuchtung? Hier war sie doch nicht im Wege! Sollte das aus „Parlamen“ auf Kosten eines Menschenlebens gesehen sein? So mag ja nur ein Proletarier, welcher an jener Stelle im Dienste des Kapitals verfallen mußte. Es gibt so schöne Bilder und Vorschriften über die Unfallverhütung, diese werden aber von Seiten der Unternehmer doch mit Füßen getreten. Erst aus diesem Kalle! Verlangt ausreichenden Schutz vor Unfällen, aber nicht in Bildern und toten Buchstaben, sondern in der Tat, und duldet es nicht länger, daß von Seiten der Ausbeuter ein löch Frevelspiel mit uralter Gewohnheit getrieben wird, denn einen freiwilligen Dank von Seiten der Unternehmer gibt es nicht. Verlangt von dem immer brutaler auftretenden Kapital cure Rechte, und gebt ihnen bei den kommenden Wahlen die wohlverdiente Antwort. Wir haben nichts zu verlieren als unsere Ketten...



Rote Wahlen 1928

Wahlversammlungen

- Freitag den 27. April 1928
- Kohthal, Mitter's Restaurant. Referent Stadtratsordneter Werner, Dresden.
 - Reßebors, Galkhof Krone. Referent Landtagsabgeordneter Flammiger.
 - Niederbors, Galkhof. Referent Stadtratsordneter Schrapel, Dresden.
- Sonnabend den 28. April 1928
- Dresden-Neustadt, Reichsbanner. Referent Siegfried Käbel.
- Samstag den 29. April 1928
- Kuppendorf, Galkhof 15 Uhr. Referent Hermann Flammiger, R. d. V.
 - Beerwalde, Galkhof 19 Uhr. Referent Hermann Flammiger, R. d. V.
 - Halbendorf, Galkhof 16 Uhr. Referent Stadtratsordneter Hoffmann, Vampere.
 - Sinterborsdorf, Ref. Sächs. Schweiz 15 Uhr. Referent Herbert Müller.
 - Saupendorf, Galkhof 20 Uhr. Referent Herbert Müller.
 - Dorchau, Galkhof Kleinborsch 15 Uhr. Referent Stadtratsordneter R. Schneider, Dresden.



Aus Dittschfen



Arbeiterfeindliche Geschäftsleute

Hörsdorf. Im Mittwoch dem 26. April fand im Gasthof Hörsdorf eine öffentliche Gemeindevorordnetenversammlung statt. Als besonderer Punkt stand der Einspruch der Bürgerlichen über die Genehmigung des Gesuchs der Freien Turner zur Bereitstellung von Land zu einem Turnplatz und einer Turnhalle. Sie begründeten es, daß der Deutsche Turnverein vor etlichen Jahren ebenso ein Gesuch eingereicht hätte, und selbiges wäre auch abgelehnt worden. Sie sprachen sich darüber aus, daß die beiden Vereine zusammengehen sollten, um diesen Bau gemeinsam durchzuführen. Dies wurde aber vom Genossen Bruno Schneider treffend zurückgewiesen, daß wir schon mit solchen Sachen von obengenanntem Verein schwer getäuscht wurden. Sportplatzneubau: Es entspinnt sich eine weitere Debatte, wobei sich die Bürgerlichen bemühen, etwas herauszuholen. Schließlich teilte der Vorsitzende mit, daß Herr Oppelt sich bereit erklärt hätte, eine Turnhalle von sich selbst aus zu bauen, wenn ihm die Gemeinde Mittel zur Verfügung stelle. Auch diesem wurde vom Genossen Schneider widersprochen, daß auch früher Herr Oppelt nicht daran gedacht hätte, sondern daß er sich gerade bei den Freien Turnern auf die Hinterbeine gestellt habe — nur durch einen Postlot habe man erst etwas erreicht. Herr Oppelt hat auch vor einiger Zeit dem Turnverein „Deutsche Seite“ einen großen Sportplatz geschenkt. Mit diesem Hallenbau von Seiten des Herrn Oppelt ist nichts weiter als ein Manöver beabsichtigt. Aber die Wachsamkeit der Arbeiter wird dafür sorgen, daß dieser Plan nicht gelingen wird. Nachdem man sich 1 1/2 Stunden herumgestritten hatte, ging der Vorsitzende dazu über, abstimmen zu lassen. Seitens der Bürgerlichen wurde Abstimmung per Stimmsettel verlangt. So wurde auch verfahren. Wer geglaubt hätte, daß die beiden Gewerbetreibenden unseren Antrag unterstützen, täuschte sich, sie stimmten glatt den Bürgerlichen zu, was mit großer Unruhe von Seiten der Tribüne entgegengenommen wurde. Wir haben noch nicht die knappe Mehrheit durch die Vertreter der Beamtenschaft. Die Arbeiter werden sich die arbeiterfeindliche Einstellung dieser Herrschaften gut merken und ihre Konsequenzen zu ziehen wissen.

Sportgenossen, auf zur Wahlarbeit!

Vannewitz-Hörsdorf. Vom Sportrat wird uns geschrieben: Bis zum 20. Mai muß die Parole aller Genossen und Genossinnen sein, Wahlarbeit zu leisten, denn immer näher rückt der Wahltag. Gerade auch für die Sportler haben die diesjährigen Wahlen besondere Bedeutung. Als im Sportrat organisiert werden daher aufgefordert, an den Tagen, an denen Wahlveranstaltungen stattfinden, die Nebungstunden zu verschieben.

Freital. Die hiesige Ortsgruppenleitung des Verbandes für Freizeitsport und Feuerbestattung veranstaltete in ihrer letzten Mitgliederversammlung einen sehr lehrreichen Lichtbildvortrag: „Tortur und Verdammnis“ im Gasthaus Stadt Dresden im Stadtteil Deuben. Nicht genug kann gegen die Kriegsverbrechen gekämpft werden. Die 80 Lichtbilder zeigten uns das Elend der Unterdrückten, die als Kanonensfutter verwendet werden. Gleichzeitig wurde vom Vorsitzenden auf das Sachverständigen in Freital in Dresden hingewiesen. Nur Freital werden circa 800 bis 1000 Quartiere benötigt. Näheres folgt noch hierüber. Es ist Pflicht eines jeden Mitgliedes, für dieses Sachverständigen zu werben und vor allem selbst zu erscheinen. — Auch die Jugend muß erscheinen. Am 1. Mai-Abend beteiligt sich die Ortsgruppe korporativ mit Fahne.

Freital. (Zur Quartierfrage des Kreisverbandes-Sachverständigen zu Freital in Dresden und Umgebung.) Wie bereits berichtet, werden 800 bis 1000 Quartiere für Freital benötigt. In Frage kommen Genossinnen und Genossen vom Bezirk Leipzig und Thüringen. Quartieranmeldungen nehmen außer jedem Freitaler Mitglied die Genossen: Oskar Beckner, Colbächer Straße 11, Max Teitler, Colbächer Straße 91, Prof. Burgmarstraße 7, Edgar Schmidgen Weikiger Straße 14, Max Koles, Mozartstraße 2, Karl Schuber, Hinterstraße 6, Paul Bar, Weikiger Straße 12, Paul Schmitt, Kottop-Görsch-Straße 24, Paul Böschau, Am Dorfplatz 2, Rich. Witt, Cöhlmannsdorf, Kirchbergstraße (Kolonie), Paul Lehner, Sachauener Straße 22, Hermann Zimmer, Weikiger Straße 27, Walter Dürigen, Hauptstraße, Hauptstraße und W. Lehmann, Schillerstraße 3, entgegen. Die Festzeitung für alle 3 Tage — zu jeder Veranstaltung freier Eintritt — beträgt 75 Pf. Näheres erfolgt noch durch Interate von der Geschäftsstelle (Bezirksvorstand) Dresden aus.

Gitteritz. Der Arbeiter-Schützenbund richtet an alle organisierten Arbeiter und Sportler, die Interesse für den Schießsport haben, die Aufforderung zum Beitritt zu seiner hiesigen Ortsgruppe Schießklub „Kette Arbeiter“. Das Lokal befindet sich in der Talstraße. Schießstunden beginnen regelmäßig jeden Sonnabend 20 Uhr. Schießmaterial steht zur Verfügung. Neuaufnahmen werden jederzeit entgegengenommen.

Ein Rohheitsakt

Borna. Folgender Fall hat sich am Jahrmaktdienstag in der 9. Stunde zugetragen. Zwei Kinder (Komprath und Höbner) gingen die Töpfergasse entlang; auf einmal kam ein Bettentener und packte den Erstgenannten an und schlug ihn mit aller Gewalt auf den Kopf, daß man es nicht glauben konnte, er sei tot. Auf das Geschrei des Jungen eilten Passanten hinzu, und als dieselben den Mann zur Rede stellen wollten, griff er sie ebenfalls an, so daß man schließlich die Polizei holte. Es war dem Beamten Folgt nicht möglich, den Mann zur Wache zu bringen, sondern er stellte nur den Namen fest. Als die Passanten verlangten, daß

der Mann zu verhaften sei, erklärte der Herr Bettentener: Wir haben ja den Namen, und man mußte sich vor diesem Manne in Acht nehmen, da es ein Vagabund sei. — Den Namen sagte man aus diesem Lokal heraus mit den Worten: Er solle sich auf der Wache melden. Bis 10 Uhr hatte der Name sich noch nicht gemeldet (wahrscheinlich aus Furcht vor der Heidenauer Polizei).

Das Verhalten ist in der Tat mehr als verwerflich! Anmerkung: Die Zeugen, die den Vorgang mit angesehen haben, werden gebeten, sich bei Genossen Bräse, Schulze 6, zu melden.

Durch heißes Wasser verbrüht

Borna. Eine Arbeiterin in Rathmannsdorf wollte ihr einjähriges Kind baden und hatte bereits heißes Wasser in die Wanne gegossen. Während sie im Hausflur kaltes Wasser holte, stürzte das Kind in die Wanne hinein und verbrühte sich so schwer, daß es bald danach im Krankenhaus starb. — Kindern der Feiern kann ein solches Unglück nicht passieren, denn sie werden von Ammen aller Art betreut.

Georgeneuer in Heidenau. In der Heidenauer Papierfabrik von Hallerbach brach gestern gegen 22 Uhr ein Feuer aus, das sich schnell entzündete. Die sehr zahlreich erschienenen Fabrik- und Kreisfeuerwehren mußten sich lediglich für den Schutz der dem Feuer betroffenen Lagerhäusern und Nebengebäuden sowie für die Rettung der Arbeiter betätigen. Der Schaden ist nicht zu beziffern. Der Schaden ist nicht zu beziffern.

Einheitliche Matzeier in Colbütz

Die diesjährige Matzeier wird in Colbütz von allen Arbeiterorganisationen einheitlich durchgeführt. Die Colbützer Arbeiterkassen wird aufgefordert, sich rechts 13.30 Uhr am Dorfplatz zur Demonstration und am Abend zum Kommerz einzufinden. Rote Fahnen heraus! Das Arbeiter-Orienteur Colbütz.

Die Matzedemonstration in Köhlitzbroda

findet unter Mitwirkung einer Dresdner Schalmi-Orchester und eines Tambourkorps des Roten Frontkämpferbundes statt. Ziel: len erfolgt normintags 8 Uhr am Goldenen Kaiser.

Köhlitzbroda. Am 1. Mai tritt ein Wechsel in der Matzedemonstration ein. Alle Matzedemonstrationen werden ausschließlich eine Unterbrechung der Juliwoche darstellen sollen, werden gehalten, dies umgehend bei den Mätern, den Frauen und Parteilosen, Gen. Köhlitz, Friedhofstraße, und bei Gen. Köhlitz, auf den Schützen 13, 1, zu melden.

Gemeinnützige Matzeier

Kleinböhmen. Das Sportfakt Kleinböhmen hat beschlossen, gemeinsam den 1. Mai mit den Arbeiterparteiern zu begehen. Am 7 Uhr Stellen zum Demonstrationstag nach Wald-Pfaffen. Dasselbe Ansehen und Aufstellung. Zahlreiche Teilnahme der Arbeiterkassen erwartet das Sportfakt.

Opfer eines Explosionsunglücks

Grödenhain. Der Brennereier Gustav Walter und der Arbeiter Hermann Permann, die am Montag auf dem Dorfplatz Stroga infolge einer Explosion schwer verletzt wurden, sind, ohne das Bewusstsein wiedererlangt zu haben, verstorben.

Autounfall

Bausa. 25. April. Infolge dicker Nebels fuhr heute nach ein Autobesitzer aus Jeulendorf mit seinem Auto auf der Fahrt von Jeulendorf nach Bausa an einen Baum. Der Wagen überschlug sich und wurde vollständig zerstört, der Besitzer wurde leicht verletzt.

Im Streite erstickt

Reichenbach i. B. Bei einem Verzichten auf dem Sportplatz im Reichenbach kam es in der Nacht zum Mittwoch zwischen jungen Reichenbachern zu einer Schlägerei, wobei der 18jährige Arbeiter Kurt Wunderlich aus Reichenbach von dem aus Dautzig abertüchtigen und in Reichenbach wohnhaften Arbeiter Kreiselmitt mit einem Messer erstickt wurde.

Bijanzattentat

Burgstädt. Der Landwirt Max Michael in Reichenbach hat im Laufe der vergangenen Woche 24 Bijanzatten erlegt.

Fußballsport

1. Klasse
Reigen Sonnabend am Parawerberg Fußballspiel 1-Teuben 1. Ein einziger Sieg Teubens 10 zu 2. Teuben. Teuben letzte gegen Teuben gute Leistungen. Sonntag 17.30 Uhr.

Sonnabend den 26. April
Teubens 1-Heidenau 1. Nach einem heftigen Kampf in der 1. Klasse diesmal der Heidenauer die beiden Punkte gelangen. 5. und 6. und 7. und 8. und 9. und 10. und 11. und 12. und 13. und 14. und 15. und 16. und 17. und 18. und 19. und 20. und 21. und 22. und 23. und 24. und 25. und 26. und 27. und 28. und 29. und 30. und 31. und 32. und 33. und 34. und 35. und 36. und 37. und 38. und 39. und 40. und 41. und 42. und 43. und 44. und 45. und 46. und 47. und 48. und 49. und 50. und 51. und 52. und 53. und 54. und 55. und 56. und 57. und 58. und 59. und 60. und 61. und 62. und 63. und 64. und 65. und 66. und 67. und 68. und 69. und 70. und 71. und 72. und 73. und 74. und 75. und 76. und 77. und 78. und 79. und 80. und 81. und 82. und 83. und 84. und 85. und 86. und 87. und 88. und 89. und 90. und 91. und 92. und 93. und 94. und 95. und 96. und 97. und 98. und 99. und 100. und 101. und 102. und 103. und 104. und 105. und 106. und 107. und 108. und 109. und 110. und 111. und 112. und 113. und 114. und 115. und 116. und 117. und 118. und 119. und 120. und 121. und 122. und 123. und 124. und 125. und 126. und 127. und 128. und 129. und 130. und 131. und 132. und 133. und 134. und 135. und 136. und 137. und 138. und 139. und 140. und 141. und 142. und 143. und 144. und 145. und 146. und 147. und 148. und 149. und 150. und 151. und 152. und 153. und 154. und 155. und 156. und 157. und 158. und 159. und 160. und 161. und 162. und 163. und 164. und 165. und 166. und 167. und 168. und 169. und 170. und 171. und 172. und 173. und 174. und 175. und 176. und 177. und 178. und 179. und 180. und 181. und 182. und 183. und 184. und 185. und 186. und 187. und 188. und 189. und 190. und 191. und 192. und 193. und 194. und 195. und 196. und 197. und 198. und 199. und 200. und 201. und 202. und 203. und 204. und 205. und 206. und 207. und 208. und 209. und 210. und 211. und 212. und 213. und 214. und 215. und 216. und 217. und 218. und 219. und 220. und 221. und 222. und 223. und 224. und 225. und 226. und 227. und 228. und 229. und 230. und 231. und 232. und 233. und 234. und 235. und 236. und 237. und 238. und 239. und 240. und 241. und 242. und 243. und 244. und 245. und 246. und 247. und 248. und 249. und 250. und 251. und 252. und 253. und 254. und 255. und 256. und 257. und 258. und 259. und 260. und 261. und 262. und 263. und 264. und 265. und 266. und 267. und 268. und 269. und 270. und 271. und 272. und 273. und 274. und 275. und 276. und 277. und 278. und 279. und 280. und 281. und 282. und 283. und 284. und 285. und 286. und 287. und 288. und 289. und 290. und 291. und 292. und 293. und 294. und 295. und 296. und 297. und 298. und 299. und 300. und 301. und 302. und 303. und 304. und 305. und 306. und 307. und 308. und 309. und 310. und 311. und 312. und 313. und 314. und 315. und 316. und 317. und 318. und 319. und 320. und 321. und 322. und 323. und 324. und 325. und 326. und 327. und 328. und 329. und 330. und 331. und 332. und 333. und 334. und 335. und 336. und 337. und 338. und 339. und 340. und 341. und 342. und 343. und 344. und 345. und 346. und 347. und 348. und 349. und 350. und 351. und 352. und 353. und 354. und 355. und 356. und 357. und 358. und 359. und 360. und 361. und 362. und 363. und 364. und 365. und 366. und 367. und 368. und 369. und 370. und 371. und 372. und 373. und 374. und 375. und 376. und 377. und 378. und 379. und 380. und 381. und 382. und 383. und 384. und 385. und 386. und 387. und 388. und 389. und 390. und 391. und 392. und 393. und 394. und 395. und 396. und 397. und 398. und 399. und 400. und 401. und 402. und 403. und 404. und 405. und 406. und 407. und 408. und 409. und 410. und 411. und 412. und 413. und 414. und 415. und 416. und 417. und 418. und 419. und 420. und 421. und 422. und 423. und 424. und 425. und 426. und 427. und 428. und 429. und 430. und 431. und 432. und 433. und 434. und 435. und 436. und 437. und 438. und 439. und 440. und 441. und 442. und 443. und 444. und 445. und 446. und 447. und 448. und 449. und 450. und 451. und 452. und 453. und 454. und 455. und 456. und 457. und 458. und 459. und 460. und 461. und 462. und 463. und 464. und 465. und 466. und 467. und 468. und 469. und 470. und 471. und 472. und 473. und 474. und 475. und 476. und 477. und 478. und 479. und 480. und 481. und 482. und 483. und 484. und 485. und 486. und 487. und 488. und 489. und 490. und 491. und 492. und 493. und 494. und 495. und 496. und 497. und 498. und 499. und 500. und 501. und 502. und 503. und 504. und 505. und 506. und 507. und 508. und 509. und 510. und 511. und 512. und 513. und 514. und 515. und 516. und 517. und 518. und 519. und 520. und 521. und 522. und 523. und 524. und 525. und 526. und 527. und 528. und 529. und 530. und 531. und 532. und 533. und 534. und 535. und 536. und 537. und 538. und 539. und 540. und 541. und 542. und 543. und 544. und 545. und 546. und 547. und 548. und 549. und 550. und 551. und 552. und 553. und 554. und 555. und 556. und 557. und 558. und 559. und 560. und 561. und 562. und 563. und 564. und 565. und 566. und 567. und 568. und 569. und 570. und 571. und 572. und 573. und 574. und 575. und 576. und 577. und 578. und 579. und 580. und 581. und 582. und 583. und 584. und 585. und 586. und 587. und 588. und 589. und 590. und 591. und 592. und 593. und 594. und 595. und 596. und 597. und 598. und 599. und 600. und 601. und 602. und 603. und 604. und 605. und 606. und 607. und 608. und 609. und 610. und 611. und 612. und 613. und 614. und 615. und 616. und 617. und 618. und 619. und 620. und 621. und 622. und 623. und 624. und 625. und 626. und 627. und 628. und 629. und 630. und 631. und 632. und 633. und 634. und 635. und 636. und 637. und 638. und 639. und 640. und 641. und 642. und 643. und 644. und 645. und 646. und 647. und 648. und 649. und 650. und 651. und 652. und 653. und 654. und 655. und 656. und 657. und 658. und 659. und 660. und 661. und 662. und 663. und 664. und 665. und 666. und 667. und 668. und 669. und 670. und 671. und 672. und 673. und 674. und 675. und 676. und 677. und 678. und 679. und 680. und 681. und 682. und 683. und 684. und 685. und 686. und 687. und 688. und 689. und 690. und 691. und 692. und 693. und 694. und 695. und 696. und 697. und 698. und 699. und 700. und 701. und 702. und 703. und 704. und 705. und 706. und 707. und 708. und 709. und 710. und 711. und 712. und 713. und 714. und 715. und 716. und 717. und 718. und 719. und 720. und 721. und 722. und 723. und 724. und 725. und 726. und 727. und 728. und 729. und 730. und 731. und 732. und 733. und 734. und 735. und 736. und 737. und 738. und 739. und 740. und 741. und 742. und 743. und 744. und 745. und 746. und 747. und 748. und 749. und 750. und 751. und 752. und 753. und 754. und 755. und 756. und 757. und 758. und 759. und 760. und 761. und 762. und 763. und 764. und 765. und 766. und 767. und 768. und 769. und 770. und 771. und 772. und 773. und 774. und 775. und 776. und 777. und 778. und 779. und 780. und 781. und 782. und 783. und 784. und 785. und 786. und 787. und 788. und 789. und 790. und 791. und 792. und 793. und 794. und 795. und 796. und 797. und 798. und 799. und 800. und 801. und 802. und 803. und 804. und 805. und 806. und 807. und 808. und 809. und 810. und 811. und 812. und 813. und 814. und 815. und 816. und 817. und 818. und 819. und 820. und 821. und 822. und 823. und 824. und 825. und 826. und 827. und 828. und 829. und 830. und 831. und 832. und 833. und 834. und 835. und 836. und 837. und 838. und 839. und 840. und 841. und 842. und 843. und 844. und 845. und 846. und 847. und 848. und 849. und 850. und 851. und 852. und 853. und 854. und 855. und 856. und 857. und 858. und 859. und 860. und 861. und 862. und 863. und 864. und 865. und 866. und 867. und 868. und 869. und 870. und 871. und 872. und 873. und 874. und 875. und 876. und 877. und 878. und 879. und 880. und 881. und 882. und 883. und 884. und 885. und 886. und 887. und 888. und 889. und 890. und 891. und 892. und 893. und 894. und 895. und 896. und 897. und 898. und 899. und 900. und 901. und 902. und 903. und 904. und 905. und 906. und 907. und 908. und 909. und 910. und 911. und 912. und 913. und 914. und 915. und 916. und 917. und 918. und 919. und 920. und 921. und 922. und 923. und 924. und 925. und 926. und 927. und 928. und 929. und 930. und 931. und 932. und 933. und 934. und 935. und 936. und 937. und 938. und 939. und 940. und 941. und 942. und 943. und 944. und 945. und 946. und 947. und 948. und 949. und 950. und 951. und 952. und 953. und 954. und 955. und 956. und 957. und 958. und 959. und 960. und 961. und 962. und 963. und 964. und 965. und 966. und 967. und 968. und 969. und 970. und 971. und 972. und 973. und 974. und 975. und 976. und 977. und 978. und 979. und 980. und 981. und 982. und 983. und 984. und 985. und 986. und 987. und 988. und 989. und 990. und 991. und 992. und 993. und 994. und 995. und 996. und 997. und 998. und 999. und 1000. und 1001. und 1002. und 1003. und 1004. und 1005. und 1006. und 1007. und 1008. und 1009. und 1010. und 1011. und 1012. und 1013. und 1014. und 1015. und 1016. und 1017. und 1018. und 1019. und 1020. und 1021. und 1022. und 1023. und 1024. und 1025. und 1026. und 1027. und 1028. und 1029. und 1030. und 1031. und 1032. und 1033. und 1034. und 1035. und 1036. und 1037. und 1038. und 1039. und 1040. und 1041. und 1042. und 1043. und 1044. und 1045. und 1046. und 1047. und 1048. und 1049. und 1050. und 1051. und 1052. und 1053. und 1054. und 1055. und 1056. und 1057. und 1058. und 1059. und 1060. und 1061. und 1062. und 1063. und 1064. und 1065. und 1066. und 1067. und 1068. und 1069. und 1070. und 1071. und 1072. und 1073. und 1074. und 1075. und 1076. und 1077. und 1078. und 1079. und 1080. und 1081. und 1082. und 1083. und 1084. und 1085. und 1086. und 1087. und 1088. und 1089. und 1090. und 1091. und 1092. und 1093. und 1094. und 1095. und 1096. und 1097. und 1098. und 1099. und 1100. und 1101. und 1102. und 1103. und 1104. und 1105. und 1106. und 1107. und 1108. und 1109. und 1110. und 1111. und 1112. und 1113. und 1114. und 1115. und 1116. und 1117. und 1118. und 1119. und 1120. und 1121. und 1122. und 1123. und 1124. und 1125. und 1126. und 1127. und 1128. und 1129. und 1130. und 1131. und 1132. und 1133. und 1134. und 1135. und 1136. und 1137. und 1138. und 1139. und 1140. und 1141. und 1142. und 1143. und 1144. und 1145. und 1146. und 1147. und 1148. und 1149. und 1150. und 1151. und 1152. und 1153. und 1154. und 1155. und 1156. und 1157. und 1158. und 1159. und 1160. und 1161. und 1162. und 1163. und 1164. und 1165. und 1166. und 1167. und 1168. und 1169. und 1170. und 1171. und 1172. und 1173. und 1174. und 1175. und 1176. und 1177. und 1178. und 1179. und 1180. und 1181. und 1182. und 1183. und 1184. und 1185. und 1186. und 1187. und 1188. und 1189. und 1190. und 1191. und 1192. und 1193. und 1194. und 1195. und 1196. und 1197. und 1198. und 1199. und 1200. und 1201. und 1202. und 1203. und 1204. und 1205. und 1206. und 1207. und 1208. und 1209. und 1210. und 1211. und 1212. und 1213. und 1214. und 1215. und 1216. und 1217. und 1218. und 1219. und 1220. und 1221. und 1222. und 1223. und 1224. und 1225. und 1226. und 1227. und 1228. und 1229. und 1230. und 1231. und 1232. und 1233. und 1234. und 1235. und 1236. und 1237. und 1238. und 1239. und 1240. und 1241. und 1242. und 1243. und 1244. und 1245. und 1246. und 1247. und 1248. und 1249. und 1250. und 1251. und 1252. und 1253. und 1254. und 1255. und 1256. und 1257. und 1258. und 1259. und 1260. und 1261. und 1262. und 1263. und 1264. und 1265. und 1266. und 1267. und 1268. und 1269. und 1270. und 1271. und 1272. und 1273. und 1274. und 1275. und 1276. und 1277. und 1278. und 1279. und 1280. und 1281. und 1282. und 1283. und 1284. und 1285. und 1286. und 1287. und 1288. und 1289. und 1290. und 1291. und 1292. und 1293. und 1294. und 1295. und 1296. und 1297. und 1298. und 1299. und 1300. und 1301. und 1302. und 1303. und 1304. und 1305. und 1306. und 1307. und 1308. und 1309. und 1310. und 1311. und 1312. und 1313. und 1314. und 1315. und 1316. und 1317. und 1318. und 1319. und 1320. und 1321. und 1322. und 1323. und 1324. und 1325. und 1326. und 1327. und 1328. und 1329. und 1330. und 1331. und 1332. und 1333. und 1334. und 1335. und 1336. und 1337. und 1338. und 1339. und 1340. und 1341. und 1342. und 1343. und 1344. und 1345. und 1346. und 1347. und 1348. und 1349. und 1350. und 1351. und 1352. und 1353. und 1354. und 1355. und 1356. und 1357. und 1358. und 1359. und 1360. und 1361. und 1362. und 1363. und 1364. und 1365. und 1366. und 1367. und 1368. und 1369. und 1370. und 1371. und 1372. und 1373. und 1374. und 1375. und 1376. und 1377. und 1378. und 1379. und 1380. und 1381. und 1382. und 1383. und 1384. und 1385. und 1386. und 1387. und 1388. und 1389. und 1390. und 1391. und 1392. und 1393. und 1394. und 1395. und 1396. und 1397. und 1398. und 1399. und 1400. und 1401. und 1402. und 1403. und 1404. und 1405. und 1406. und 1407

Sinkt die Bourgeoisie ins Ministerium - Oder die Bourgeoisie ins Ministerium?

Als die Bürgerblockregierung Anfang 1927 zusammenkam und die von der SPD. erzielte große Koalition geendet war, verkündete die SPD.: Sie länger der Bürgerblock regiert, um so besser! Jetzt bei den Wahlen hofft sie, die Ernte des Bürgerblockregimes der Bourgeoisie in ihre Schoßern sammeln zu können. Die Entwicklung in den Massen hofft sie für ihre Koalitionspolitik auswerten zu können. Unter der Fassung „Heran an die Macht!“ kämpft sie für die Koalition der Bürgerblockregierung durch eine Koalitionspolitik. Koalition soll Beteiligung an der Macht sein, d. h. sie soll der SPD. die Möglichkeit geben, für das Proletariat und die vorläufige Bevölkerung „etwas“ zu tun. Die SPD. rechnet damit, daß das Proletariat die Erklärungen der Bürgerblockregierung vergesse und die Politik der reformistischen Führer gegenüber dem Bürgerblock nicht durchschaue.

Die SPD. hat seit 1914 Koalitionspolitik getrieben — erst still, dann, seit Oktober 1918 (als Scheidemann und Ebert Staatssekretäre wurden), offen. Diese Koalitionspolitik diente der Aufbringung von Kriegsgeldern, der Durchhaltepolitik, dem Vorgehen, so wie sie 1918 die Verhinderung der Monarchie verhindern sollte, dann die Kapitalisten an der ökonomischen und politischen

Politik nicht betreiben, lehnte jede Verbindung der Bewegung mit Wirtschaftsförderung und -kämpfen ab. Stamm war der Volkentscheid parlamentarisch erzwungen, damit führte die SPD. in Preußen die Zurechnungsbildung für Wilhelm von Hohenzollern durch — ja verlangte es die Realisten!

Was tat die SPD. in den Wirtschaftskämpfen, in der Sicherung der einfachen politischen und gewerkschaftlichen Rechte? Vom englischen Bergarbeiterkampf 1926, in dem die reformistischen Führer durch Silberberg's Versprechen der großen Koalition sich bewegen ließen, die Durchführung von Solidaritätsaktionen und Lohnbewegungen brüst abzuweichen, bis zur Gattenscheiderbewegung und zum Metallarbeiterkampf in Lothringen zeigte die Tätigkeit der Reformisten eine eindeutige Linie. Die erhaltende Klassenentwicklung in der Arbeiterklasse, die wachsenden Widerstände gegen die Kapitalistenoffensive waren für die reformistischen Führer nur Anlaß, mit den vertriebenen Mitteln den Ausbruch von großen Kämpfen zu verhindern und an kleinen Kämpfen die Ausschließlichkeit von Kämpfen überhaupt nachzusuchen. Um so energischer haben die Reformisten die kapitalistische Rationalität

politisch nur 33 Millionen! Die Preußenregierung arbeitete auf ein Konföderat hin, das genau so wie in Bayern „Reichse“ der Rache gegenüber dem Staat und der Schlichterstellen soll. Die Preußenregierung hat auch Hauptarbeit geleistet, um für das Reichsschulgesetz des Bürgerblocks eine „brauchbare“ Normalisierung zu finden. Sie hat es schließlich ausgeführt. Die SPD. selbst aber hat von Anfang an damit, daß sie mit der Durchführung des Weimarer Kompromisses, das die Herabsetzung der Volksschulen nach kommunistischer Vorrichtung einverstanden ist. Ihre Geschäftsgegenstände den Entwurf der Marx-Regierung erstreckte sich auf Einzelheiten, und war darauf berechnet, sozialen ein Koalitionselement vorzubereiten. Es ist wohl möglich, daß das Reichsschulgesetz im neuen Reichstag von dem Vorn der „Mitte“ — Volkspartei bis SPD. — durchgeführt ist.

Wird durch eine Verhärtung der Koalitionspolitik, die Verfestigung der SPD. an der Regierung im Jahre 1927 erreicht? Heißt diese Verfestigung etwa, daß die Bourgeoisie einen Teil der Macht abgibt? Nein, die SPD.-Führer dort genau so wie in Preußen, Bayern, Braunschweig, Mecklenburg, Anhalt, Hessen, Baden war Helfer der für die herrschende Klasse für die Durchführung der imperialistischen Politik! Daß die SPD. dieses und nichts anderes bevo- wagt sie immer im Wahlkampf versprechen mag — das ist die Politik der SPD. seit 1914 und besonders die Praxis letzten Wochen und Monate bewiesen.

Nur Kampf kann uns retten

Heute erkennen die Arbeiter klarer als früher, daß die Interessen im Kampf gegen die kapitalistische Klasse geschützt werden müssen; sie beginnen in härterem Maße zu erkennen, daß wir Kommunisten mit der Forderung des revolutionären Klassenkampfes, mit der Forderung der Anwendung revolutionärer Methoden im Kampf um den Weltumbau und höhere ne durchzusetzen haben. Die Bauernbewegungen mit Sturz der Rumpregierungen, die Bauernbewegungen beweisen, daß die Arbeiter außerhalb des Proletariats der Klassencharakter des Sties erkannt wird und der Kampf gegen dieses System wächst. Es ist für die Arbeiter ein besserer Beweis, daß Kämpfe mit der Forderung größter Rechte geföhrt werden müssen, als das Ziel der Unternehmung, die in jeder ersten Situation durch Anwendung größter Woffenaußsperung ihre ganze Kraft zur Wiederholung der Arbeiter einlegen. Selbstverständlich unter vollständiger Unterwerfung des Staatsapparates. Wie schändlicher Lohn muß es sein, wenn demgegenüber die reformistischen Führer vor großen Kämpfen zurückweichen, um die Wirtschaft nicht zu gefährden! Die Arbeiterklasse zugrunde gehen, wenn nur die Proletariatpolitik geschädigt wird. Wir sagen ganz offen: Sowohl, wir stehen in der Durchführung der proletarischen Forderungen auch über der Tatsache zurück, daß die kapitalistische Proletariatpolitik gebildet und der kapitalistische Staat erobert und zertrümmert. Ohne eine Zertrümmerung des kapitalistischen Systems müssen Arbeiter, dem Berufstätigen nicht das Nötige zum Leben geben werden, wie er keine Forderungen nicht erfüllt sehen. Wollen wir abwarten! Nein, im entscheidenden Kampf zur Durchföh- rung der Forderungen erziehen wir die Positionen zum werten Fortschritt, sammeln und erziehen wir die Kräfte der Massen, die notwendigemweise bei weiterer Zuspitzung entstehenden großen Kämpfe!

Koalitionspolitik, Wirtschaftsdemokratie, Arbeitsgemeinsamkeit bedeuten Unterföhung der imperialistischen Politik der Bourgeoisie und Spaltung der Arbeiterklasse.

Der revolutionären Kampftaktik der Kommunisten zu. d. h. die Massen zum Kampf sammeln, die revolutionäre Kampftaktik der Berufstätigen in Stadt und Land herföhrend so die Arbeiterklasse inhandeln durch ihre geschlossene und die Durchführung der Tagesforderungen, den Sturz der Bourgeoisie, die Zertrümmerung des kapitalistischen Staates und die Errichtung der proletarischen Diktatur zu erreichen!

Die SPD. läßt bei den Wahlen keinen Zweifel über, daß sie auf Koalition hinarbeitet. Alle Stimmen, die die SPD. abgegeben werden, werden sie als Zustimmung ihrer sozialimperialistischen Politik, als Freigabe für die Koalitionspolitik und Wirtschaftsdemokratie. (Selbstverständlich die „Linken“ machen diese Propaganda ungedehmt mit!)

Wir Kommunisten zeigen den wertföhigen Massen die Folgen und Konsequenzen der sozialimperialistischen Politik und weisen die Wege des revolutionären Klassenkampfes. Die Entschloßung der Arbeiter muß lauten:

Nieder mit der Koalitionspolitik! Nieder mit Wirtschaftsdemokratie und Schlichtungswesen! Nieder mit dem sozialimperialismus!

Nur der entschiedene revolutionäre Kampf für sters Tagesforderungen, für den Sturz der Bourgeoisie, die proletarische Diktatur kann uns helfen!

Die Klassenbewußten Arbeiter, alle kampfbereiten Berufstätigen, alle Berufständigen und Unterbrückten, demonstrieren am 20. Mai gegen die Diktatur der Bourgeoisie, gegen die Spaltung- und Verwirrungspolitik der SPD.



Macht hielt, diese Macht befehligte und einen neuen Imperialismus im Kampf gegen das Proletariat und die SPD. aufbauen half. Ohne diese Hilfe wäre dieser Aufbau unmöglich gewesen, ohne diese Hilfe konnte die Revolution nicht im Blut von Zehntausenden revolutionären Kämpfern errichtet werden. Die Leiter der Volksbeauftragten Ebert, Scheidemann, Landberg, die Leiter des Bundesrates, des Generalvollmächtesten Severings im Ruhrgebiet während des Stapp-Pulches, der sozialdemokratischen Regierung Hoffmann gegenüber der Ränderen Arbeiterpartei — sie sind eine einzige große Schandtat des Arbeitermordes und des Arbeiterverrats. Was bedeutet die Koalitionspolitik in „friedlichen“ Zeiten, während der Inflation, während des Ruhrkampfes, bei Einleitung der Rumpregierungen und Durchführung der Stabilisierung? In jeder Situation wurde die SPD. herangezogen, um die Massen vom Kampfe abzuhalten und der Politik der Bourgeoisie dienbar zu machen. Selbstverständlich trat die SPD. immer vor die Massen hin: Wenn wir nicht in der Regierung gewesen wären, alles wäre noch viel schlimmer gekommen.

Koalitionspolitik und Scheinopposition der SPD.

Gegenüber diesen Versuchen, das Wesen der Koalitionspolitik zu verwechseln, den Charakter des kapitalistischen Staates als Unterdrückungsapparat im Interesse der Finanzbourgeoisie zu verwechseln, weisen wir auf die Ergebnisse hin. Die SPD. war während der Bürgerblockregierung nicht aktiv in der Regierung — aber sie hat sich so verhalten, daß sie den fünf großen Koalitionsparteien nicht zu nahe trat; sie war sozusagen immer auf dem Sprung zu den Ministerien! Die Sozialisten gegenüber dem Bürgerblock zeigte sich besonders in der letzten Zeit, als es galt, in Vorbereitung der Wahlen das Notprogramm der Regierung sicherzustellen. Das war nur dadurch möglich, daß die SPD. der Erhebung dieses Programms ebenso zustimmte wie die Demokratische Partei. In keinem Falle hat sie sich gegen die von der Bürgerblockregierung angewandten Grundzüge gewandt! Hat sie nicht immer nur dagegen angekämpft, daß diese Politik von den Deutschen mit durchgeführt wird, die doch eigentlich dagegen sein mußten?

Ganz besonders gilt das von der Außenpolitik! Dretscheid gehörte zur Völkerverbund-Delegation der Bürgerblockregierung. Es gibt keine Entscheidung in der Außenpolitik, die von der SPD. nicht gebilligt worden wäre. Der Abschluß des Dawes-Vertrages, der Locarno-Pakt, der Eintritt in den Völkerverbund — wurden diese Entscheidungen nicht als sozialistische Errungenschaften gepriesen! Hat die SPD. nicht den Kurs auf Steigerung der imperialistischen Rüstungen gedehnt, hat sie nicht die geheimen Rüstungen versucht, hat sie nicht gefordert, daß in der Abrüstungsfrage zum mindesten Gleichzeitigkeit für die bereits einwärtsmachten Staaten abzuwarten sollte (d. h. Deutschland sollte in gleichem Maße wie die imperialistischen Mächte rüsten können!).

Verrat an den Wirtschaftsinteressen des Proletariats

In der Entscheidung über wirtschaftspolitische und innenpolitische Fragen hat die SPD. zwar eine Scheinopposition gegen die Marx-Regierung — immer in der Richtung gegen die Deutschenationalen, unter Schonung der Koalitionspartner: Zentrum und Volkspartei — durchgeführt, aber immer getragen vom Bewußtsein und vom Willen: wir müssen die Deutschenationalen verdrängen, wir müssen in die Regierung kommen. Diese Scheinopposition blieb eben Schein! Wie hat sie selbst die große Aktion gegen die Rumpregierungen abzuweichen gewußt. Sie sabotierte die Bewegung, ließ ihre Organisationen sich an den Einheits-

ung geöhrt! Dazu kommt die Tatsache der fast schrankenlosen Unterordnung der Gewerkschaften unter die Gunstlinie des Kapitalismuswesens. Sie haben den Arbeitern einzureden, das Zurechnungswesen sei ein Zustand Verbesserung der Wirtschaft durch den Staat, durch den „Volkswahl“ — hat ein Mittel der Ausnutzung des Staatsapparates für die Interessen der bestehenden Klasse.

Die Gleichschaltung auf dem Gebiet der gesamten Sozialpolitik und des Arbeiterrechtes wird trotz ihres ausgesprochen realistischen Charakters von den Sozialdemokraten ebenso unter dem Gesichtspunkt der Forderung des kapitalistischen Aufbaus behandelt. Auf dem Gebiete der Steuer- und Zoll-Gesetzgebung zeigt sich das gleiche Bild, daß sich die SPD. auf lokale Opposition beschränkt. Sie lehnte ausdrücklich jede von der SPD. geforderte Massenmobilisation und jede parlamentarische Opposition ab, und stimmte im Reichsrat dem ungeheuerlichen Zollwucher und Steueranbau ebenso zu, wie der Politik der Subventionierung der Zölle, der Steuererhöhung, Steuererhöhung für die bestehende Klasse. In besonderer Weise hat sich die Koalitionspolitik als Zureicher der Bürgerblockpolitik in der Wiererfrage erwiesen. Die preussische Regierung war es, die die Wiererpreis-erhebungen im letzten Jahre angeregt und durchgeführt hat, ebenso wie sie als erste Regierung die Forderung des Wiererschutzes durchgeführt hat.

SPD. stützt die Kulturreaktion

Ein besonders krasses Beispiel für diese Bindung der Reformisten an die Politik der Bourgeoisie ist das Verhalten der SPD. gegenüber der verhassten kulturellen Reaktion! Kampfbünde gegen das Schand- und Schandgesetz wurden von den unter sozialdemokratischer Führung stehenden Arbeiterverbänden verboten; die Koalitionregierung beschloß im Reichsrat dieses Gesetz mit und bedete so den Bürgerblock. In Preußen bewilligte die SPD. zudem für die Beibehaltung der Reichlichen 72 Millionen Mark; das alte Königtum Preußen

Die Polizei des sozialdemokratischen Ministers an der Art!



Gibt Antwort darauf: Wählt Kommunisten!

